



belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

BEZIEHUNGEN MIT RUSSLAND

- **ANALYSE**
Die Verschlechterung der belarussisch-russischen Beziehungen.
Immer mehr Streit und immer weniger Kompromissbereitschaft
Von Ryhor Astapenia (Ostrogorski-Zentrum, Minsk) 2
 - **ANALYSE**
Doppelte Realität. Die russische Informationskampagne zu Belarus
Von Kamil Kłysiński (Zentrum für Oststudien, OSW – Warschau) 7
 - **STATISTIK**
Wirtschaftsbeziehungen von Belarus 10
 - **UMFRAGE**
Die Haltung der belarussischen Bevölkerung gegenüber Russland und der EU 11
-
- **CHRONIK**
20. Februar – 21. April 2017 17

Die Verschlechterung der belarussisch-russischen Beziehungen. Immer mehr Streit und immer weniger Kompromissbereitschaft

Von Ryhor Astapenia (Ostrogorski-Zentrum, Minsk)

Zusammenfassung

Heftige öffentliche Konflikte sind keine Ausnahme in den Beziehungen zwischen Belarus und Russland. Sie flammen fast jedes Jahr auf. 2016 aber zeichnete sich eine signifikante Veränderung ab. Russland ist nicht mehr bereit, seinem kleinen Partner nachzugeben und zählt Belarus nicht mehr zu seinen besonders wichtigen und loyalen Verbündeten. Zum Beispiel reagierte Russland nicht auf die belarussischen Forderungen die Preise für Gaslieferungen zu reduzieren, sondern setzte die Einschränkung von Öllieferungen als Druckmittel ein, um die Begleichung alter Erdgasschulden zu erzwingen.

Es ist zu erwarten, dass die langfristige Folge des Konflikts einerseits ein Rückgang der russischen Hilfe für die belarussische Wirtschaft sein wird und andererseits die Anerkennung einer größeren außenpolitischen Autonomie für Minsk – letzteres in Anbetracht der Tatsache, dass die belarussische politische Führung sowieso nicht in der Lage sein wird, einen Kurswechsel Richtung Westen zu vollziehen. Es könnte aber auch sein, dass die fehlenden Reformen in Belarus dazu führen, dass die politische Führung des Landes bereit ist, einen verstärkten Einfluss Russlands auf die eigene Außenpolitik im Austausch gegen eine wirtschaftliche Vorzugsbehandlung zu akzeptieren, um die belarussische Wirtschaft aus der Rezession zu holen.

Einleitung

Abgesehen vom Zeitraum 1994 bis 2000, der geprägt wurde durch die Präsidentschaft von Alexander Lukaschenka in Belarus und Boris Jelzin in Russland, ist die belarussisch-russische Union von einer langen Reihe von Konflikten geprägt. Der russische Präsident Wladimir Putin schlug einen Beitritt von Belarus zur Russischen Föderation vor, Lukaschenka beschuldigte Russland wegen der Einstellung von Gaslieferungen des »Terrorismus auf höchstem Niveau« und in Minsk wurde der Leiter der russischen Großunternehmens »Uralkali« verhaftet. Ungefähr genau so viel, wie sich die beiden Länder um Integration bemühen, streiten sie sich auch in einer Vielzahl von Konflikten.

In diesem Zusammenhang haben sich 2016 zwei grundlegende Änderungen gezeigt. Erstens führten die Veränderungen im internationalen Kontext zu einer Verschärfung des Tones in den belarussisch-russischen Beziehungen. Während gegen Russland wegen der Aggression in der Ukraine westliche Sanktionen verhängt wurden, wurden für Belarus die meisten westlichen Einschränkungen aufgehoben (teilweise, weil Belarus die Expansion Russlands in die Ukraine nicht unterstützt hat). Der Kreml ist ohne Zweifel besorgt, dass wahrscheinlich zum ersten Mal die Beziehungen des Westens mit Belarus wärmer zu sein scheinen als mit Russland.

Zweitens ist klar geworden, dass Russland nach der fehlenden Solidarität von Belarus in der Ukraine-Krise nicht mehr zu Zugeständnissen bereit ist, während Russland normalerweise bei Konflikten die ersten Schritte zu

einer Kompromisslösung unternahm. Als Folge zog sich Putin aus den Verhandlungen mit Belarus zurück und überließ die Hauptrolle Beamten, für die wirtschaftliche Aspekte wichtiger sind als politische oder die zumindest bereit sind, wirtschaftlichen Druck auf Belarus auszuüben, ohne auf die Rhetorik von »Brüdervölkern« Rücksicht zu nehmen.

Der Außenpolitik-Index des Belarussischen Institutes für Strategische Studien zeigt, dass die belarussisch-russischen Beziehungen sich auf dem niedrigsten Stand seit Einführung des Index im Jahre 2011 befinden. Einen Überblick über den Index gibt Grafik 1 am Ende dieses Beitrages.

Die wichtigsten Konflikte

Gegen Ende des Jahres 2016 hatten sich die Beziehungen zwischen Belarus und Russland so stark verschlechtert, dass es schwierig war, einen Bereich zu finden, in dem beiden Länder mit der Zusammenarbeit im vollen Umfang zufrieden waren. Sichtbare Konflikte gab es bei der Energieversorgung, der Zusammenarbeit in der Eurasischen Wirtschaftsunion, der Kreditfinanzierung, dem Lebensmittelhandel, der militärischen Zusammenarbeit, den Grenzkontrollen und Visafragen sowie in der Medienberichterstattung und aufgrund der Aussagen des russischen Experten Leonid Reschetnikov, zum damaligen Zeitpunkt Leiter des staatlichen Russischen Institutes für Strategische Studien, dass Belarus nicht unabhängig von Moskau sein kann.

Egal wie tief die Konflikte gehen, bedeuten sie natürlich keinen endgültigen Bruch in den Beziehun-

gen. Zum Beispiel zeigen die Zahlen des belarussischen Komitees für Statistik für das Jahr 2016 einen Anstieg der belarussischen Exporte nach Russland um 4%, nach mehreren Jahren des Rückgangs. Gleichzeitig brachen die Importe aus Russland um 10% ein, vor allem wegen der russischen Einschränkungen bei Öllieferungen. Die vollständigen Zahlen finden sich in Grafik 2 am Ende dieses Beitrages. Es dominieren jedoch seit 2016 eindeutig die Konflikte, bei denen der Energieversorgung, der Zusammenarbeit in der Eurasischen Wirtschaftsunion und der Frage von Grenzkontrollen und Visaregelung wohl die größte Bedeutung zukommt.

Energieversorgung

Russische Energielieferungen zu Vorzugspreisen bilden im Prinzip den Kern der belarussisch-russischen Union. Daher sind die Öl- und Gasverträge zentral in den Beziehungen der beiden Länder. Der Umfang der von Russland gewährten Rabatte auf die Erdgas- und Erdöllieferungen nach Belarus kann viel über den Stand der Beziehungen zwischen Moskau und Minsk verraten.

Seit Anfang Januar 2016 hat Belarus weniger für die Gaslieferungen bezahlt, als im Vertrag festgehalten wurde, statt 132 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter nur 107 US-Dollar. Belarus begründete die einseitig reduzierte Zahlung mit dem weltweiten Rückgang der Energiepreise und mit mangelnder Konkurrenzfähigkeit belarussischer Unternehmen gegenüber Firmen aus anderen Mitgliedsländern der Eurasischen Wirtschaftsunion, die ihre Gaslieferungen zu niedrigeren Preisen beziehen. Die daraus resultierenden Schulden für Gaslieferungen beliefen sich – so der stellvertretende russische Ministerpräsident Arkadij Dworkowitsch – nach gut einem Jahr auf 600 Mio. US-Dollar.

Es ist Dworkowitsch und nicht der Leiter des russischen Erdgaskonzerns Gazprom, der in diesem Konflikt die erste Geige spielt und sich für eine Kürzung der Öllieferungen an Belarus um ein Drittel ab Juli 2016 einsetzte. Am 16. Februar 2017 vereinbarte er mit seinem belarussischen Amtskollegen Wladimir Semaschko, was dieser als den »zwanzigsten Protokollentwurf zur Lösung des Öl- und Gaskonfliktes« bezeichnete, welcher übrigens auch nicht der letzte blieb.

Eurasische Wirtschaftsunion

Im Jahr 2016 blieb auch die Zustimmung von Belarus zur Zollvereinbarung der Eurasischen Wirtschaftsunion ein ungelöstes Problem. Die belarussische Unterschrift folgte erst im April 2017. Alle anderen Mitgliedsstaaten hatten diesen Vertrag auf dem Gipfel vom 26. Dezember 2016 bereits unterschrieben, an dem Lukaschenka nicht

teilnahm. Obwohl sich die Kritik des belarussischen Staatschefs in erster Linie auf den Energiekonflikt konzentriert, wird auch die Eurasische Wirtschaftsunion von der belarussischen Regierung regelmäßig negativ kommentiert, vor allem im Zusammenhang mit dem Rückgang des Handelsvolumens zwischen den Mitgliedsstaaten, welches von 2013 bis 2016 um ein Drittel geschrumpft ist, wie Grafik 2 am Ende dieses Beitrages zeigt.

Die belarussische Regierung ist außerdem auch mit den rechtlichen Vorschriften der Union unzufrieden. Das ganze Jahr 2016 hindurch hat sie vergeblich versucht, für belarussische Unternehmen einen gleichberechtigten Zugang zu Ausschreibungen russischer Staatsaufträge zu erhalten, die nach verschiedenen Berechnungen einem Wert von etwa 40% des russischen BIP entsprechen. Darüber hinaus zielt Belarus auf die Schaffung eines gemeinsamen Erdöl- und Erdgasmarktes mit Russland, der 2025 realisiert werden soll. Russland hingegen erhöht die Preise für Energielieferungen an Belarus und weist darauf hin, dass »die Eurasischen Wirtschaftsunion keinen festhält«, so der russische Ministerpräsident Dmitrij Medwedew.

Die Eurasische Wirtschaftskommission hat versucht, Belarus mit Hilfe der russischen Lebensmittelkontrollbehörde (Rosselchoznadzor) zu bändigen. Diese schränkte Exporte von landwirtschaftlichen Gütern aus Belarus ein unter dem Vorwand, dass diese technischen Standards nicht entsprechen oder aus den Ländern der Europäischen Union stammen und damit unter die russischen Lebensmittelsanktionen fallen. Die belarussische Staatsanwaltschaft wiederum hat im Februar 2017 mit Ermittlungen zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Leiter von Rosselchoznadzor, Sergej Dankwert, begonnen.

Grenzkontrollen und Visa

Im Februar 2017 trat ein Erlass des Föderalen Sicherheitsdienstes Russlands in Kraft, der die Grenzzone mit Belarus wieder herstellte. Davor war Belarus seit 1995 das einzige Land, mit dem Russland keine Grenzzone und damit freien Grenzverkehr hatte. Wirtschaftlich ist dieser Konflikt für Belarus weniger schmerzhaft als die beiden anderen, aber er hat einen hohen Symbolwert. Die Wiederherstellung der Grenzzone zeigt, dass Russland nicht mehr bereit ist, bei einem Unionsstaat nach belarussischen Regeln mitzuspielen. 2016 hatte Russland versucht, Belarus zu überzeugen, einen gemeinsamen visafreien Raum zu schaffen.

Am härtesten traf die Wiedereinführung der Grenzzone zwischen Belarus und Russland Bürger aus Drittstaaten, denen der Grenzübergang untersagt wurde.

Als Begründung nannte die russische Seite das Fehlen internationaler Grenzübergangsstellen. Die russischen Behörden erklärten offen, dass die Wiederherstellung der Grenzzone und das Transitverbot eine Antwort sei auf die Weigerung von Belarus einen gemeinsamen visafreien Raum zu schaffen und mit der von Belarus gewährten Visumsfreiheit für Bürger aus 80 Ländern, die bis zu 5 Tage in Belarus bleiben dürfen, verbunden ist.

Die Konfliktgründe

Es gibt einige Gründe, warum der belarussisch-russische Konflikt so tief ist. Erstens hat Belarus aus russischer Sicht seit der Ukraine-Krise den Test als russischer Verbündeter nicht bestanden. Die Weigerung von Belarus, eine russische Militärbasis auf belarussischem Territorium zu erlauben, die Bemühungen um Neutralität im russisch-ukrainischen Konflikt und der Zwischenhandel mit von russischer Seite durch Sanktionen blockierten Lebensmitteln aus der EU haben Zweifel an der »brüderlichen Nähe« von Belarus zu Russland erzeugt. Die aggressive russische Politik in der Ukraine hat gleichzeitig die belarussische Führung erschreckt, die jetzt den russischen Einfluss auf ihr Land einschränken will.

Zweitens verfügt Russland über weniger Geld und noch weniger über den Wunsch einem illoyalen Verbündeten Geld zu geben. Bei niedrigen Energiepreisen und entsprechend schrumpfenden Einkünften des russischen Staatshaushaltes bewertet der Kreml die Subventionierung eines Partners neu, der trotz finanzieller Zuwendungen nicht bereit ist, in Krisenzeiten die Reihen mit Russland fest zu schließen. Dabei muss Russland kaum fürchten, dass die finanziellen Einschränkungen Minsk in Richtung Westen treiben werden, da die belarussische Führung Angst vor den politischen und wirtschaftlichen Reformen hat, die von der EU und den USA verlangt werden.

Drittens sind die belarussisch-russischen Beziehungen im Prinzip zu ständigen Konflikten verurteilt, da der Preis der gemeinsamen Union subjektiv bleibt. Es bleibt unklar, wie viel Russland für die Teilnahme am gemeinsamen Integrationsprojekt und die damit verbundene Marginalisierung der belarussischen Kultur an Belarus zahlen sollte (falls es überhaupt zahlen sollte). Dadurch verlieren die belarussisch-russischen Beziehungen eine rationale Kalkulierbarkeit, so dass um die Verbundenheit ständig verhandelt wird und Konflikte dabei einfach zur Taktik beider Seiten gehören.

Ausblick

Einige Experten sprechen von einer möglichen Annexion von Belarus durch Russland, wobei die Wahr-

scheinlichkeit einer solchen Entwicklung aus zwei guten Gründen sehr gering ist. Erstens kontrolliert der belarussische Präsident alle staatlichen Organe. Im Gegensatz zur Ukraine sind in Belarus Stabilität und Loyalität des gesamten Systems und vor allem der Machtstrukturen und der bewaffneten Einheiten zweifelsfrei gegeben. Zweitens bleibt Lukaschenka trotz aller Konflikte ein prorussischer Politiker, der keine Pläne zum Ausstieg aus den Integrationsprozessen mit Russland hegt. Noch weniger ist die belarussische Regierung zur radikalen Veränderung der Identität der belarussischen Bevölkerung bereit.

Im militärischen Bereich wird – trotz der breiten medialen Berichterstattung über die Konflikte – die Zusammenarbeit fortgesetzt, was eine gewisse Besorgnis bei westlichen Ländern und der Ukraine hervorruft. Im Juni 2016 haben Belarus und Russland in Belarus militärische Übungen unter Beteiligung russischer SU-24-Bomber durchgeführt, ohne dass Belarus seiner Verpflichtung nachgekommen wäre, die Nachbarländer zu informieren. Im Oktober 2016 haben Belarus und Russland gemeinsame militärische Übungen in der Region Brest an der Grenze zu Polen und der Ukraine durchgeführt, wobei nach Angaben des Verteidigungsministeriums Militärschläge gegen die Ukraine geübt wurden. Außerdem wurde 2016 offiziell ein gemeinsames regionales Luftabwehrsystem eingeführt. Das zeigt übrigens, dass Belarus keine große Angst vor dem militärischen Einfluss Russlands hat.

Belarus will auch die Eurasische Wirtschaftsunion nicht verlassen, sondern möchte nur die Arbeit der Union im eigenen Interesse verbessern, um der belarussischen Wirtschaft aus der langjährigen Rezession zu helfen. Die Handelskriege zwischen den beiden Ländern werden auch deswegen geführt, weil Belarus versucht, ausländischen Investoren in Belarus Zugang zum großen Markt der Eurasischen Wirtschaftsunion zu »verkaufen«.

So ist das einzige Szenario für die künftigen Beziehungen die Suche nach einem Kompromiss und nach der Grundlage für ein neues Modell der Beziehung, welches entweder »mehr für mehr« oder »weniger für weniger« bedeuten kann.

Das Modell »mehr für mehr« hätte zur Folge, dass die Beziehungen zwischen Belarus und Russland zur Ausgangslage zurückkehren und die Abhängigkeit Minsk von Moskau wieder wachsen wird. Das einzige ernsthafte Argument für dieses Szenario ist der Zustand der belarussischen Wirtschaft. Wenn die belarussische Führung nicht den Mut zu Reformen und zur Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfond aufbringt, wird sie auf die finanzielle Hilfe

Russlands angewiesen sein. Für Russland wird die Rettung der belarussischen Wirtschaft trotz der eigenen Wirtschaftskrise keine Herausforderung sein, aber sicher eine Einschränkung der Souveränität von Belarus im politischen und wirtschaftlichen Bereich mit sich bringen.

Das Modell »weniger für weniger« erscheint im Moment realistischer. Lange Zeit hat die belarussische Regierung argumentiert, dass Belarus nicht einfach ein treuer Verbündeter eines großen Staates ist, sondern durch den Schutz der gemeinsamen Grenzen und im Rahmen der militärischen Zusammenarbeit auch ganz konkrete Gegenleistungen erbringt. Nun scheint es, dass Russland bereit ist, die Bedeutung dieser Gegenleistung zu reduzieren, indem es eine Grenzzone zu Belarus schafft und die militärische Präsenz an der Grenze zu Belarus erhöht. Im Sommer 2016 startete das russische Verteidigungsministerium die Stationierung einer motorisierten Infanteriebrigade in Klinty (40 km von der belarussischen Grenze entfernt) und einer motorisierten Infanteriedivision in Jelnja (90 km von der belarussischen Grenze entfernt).

Dadurch wird Russland weniger auf Belarus angewiesen sein. Die Länder werden so eher ein »Basispaket« für die Zusammenarbeit festlegen, das sich im Laufe der nächsten Konflikte ändern wird. Höchstwahrscheinlich wird Belarus in naher Zukunft im Rahmen dieses »Pakets« in Reaktion auf eine geringere geopolitische Loyalität eine reduzierte wirtschaftliche Unterstützung erhalten. Die Eurasische Wirtschaftsunion wird weiter bestehen, aber sie wird weniger Hoffnungen bei der belarussischen Führung hervorrufen. Die militärische Zusammenarbeit wird in dem Umfang fortgesetzt, der es Belarus ermöglicht den Eindruck eines unabhängigen Akteurs auf dem Gebiet der Sicherheit aufrechtzuerhalten. Im politischen Bereich werden keine Zweifel mehr aufkommen, dass die Präsidenten der beiden Länder in vielerlei Hinsicht nichts gemeinsam haben und oft unterschiedliche geopolitische Interessen verfolgen.

Übersetzung aus dem Russischen: Lina Pleines

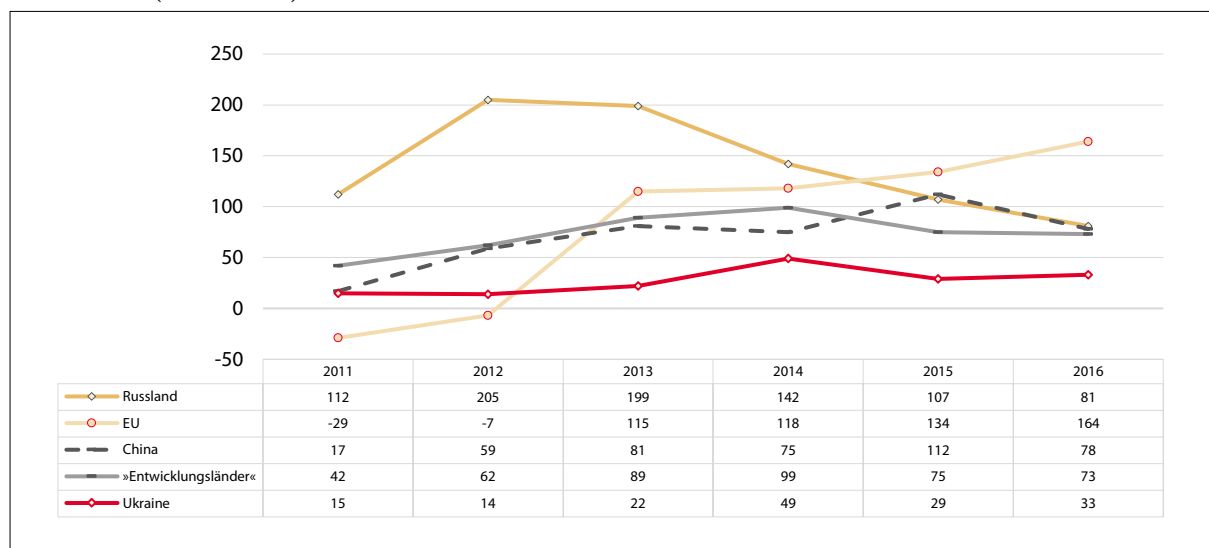
Über den Autor

Ryhor Astapenia ist Analyst und Direktor für Entwicklung des Ostrogorski-Zentrums in Minsk. Er arbeitet außerdem als Redakteur des belarussischen Internet-Magazins »Ideja« und ist Doktorand an der Universität Warschau.

Lesetipps

- Ryhor Astapenia, Dzmitry Balkunets (2016): Belarus-Russia Relations after the Ukraine Conflict, Minsk-London: Ostrogorski Centre, <<http://belarusdigest.com/papers/belarus-russia-relations.pdf>>
- Siarhei Bohdan, Gumer Isaev (2016): Elements of Neutrality in Belarusian Foreign Policy and National Security Policy, Minsk-London: Ostrogorski Centre, <<http://belarusdigest.com/papers/belarusneutrality-eng.pdf.pdf>>
- Valeris Kostügova (2010): Russisch-belarussische Beziehungen: Bedingungen, Zustand, Perspektiven, Minsk: »Nashe Mnenie« und Belarussisches Institut für Strategische Studien, <http://belinstitute.eu/images/doc-pdf/Research_Kostiugova.pdf>

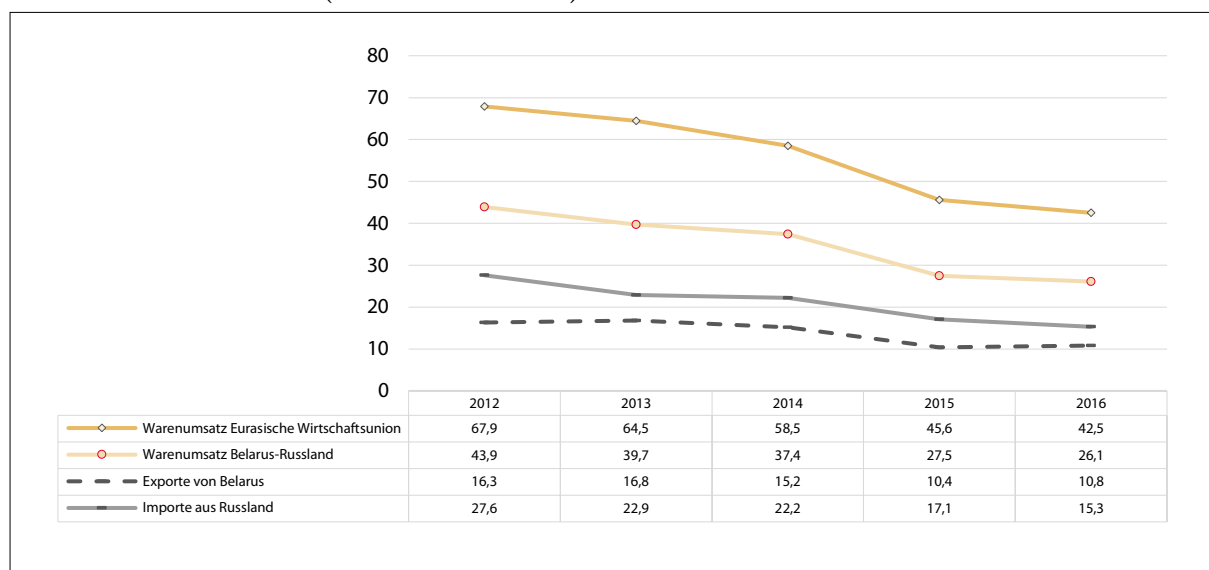
Grafik 1: Qualität der außenpolitischen Beziehungen von Belarus mit ausgewählten Ländern (Indexwert)



Erläuterung: Berechnungen von Ryhor Astapenia auf Grundlage des Außenpolitischen Index des Belarussischen Instituts für Strategische Studien. Der Index wird alle zwei Monate erstellt und erfasst die Beziehung zu den fünf in der Grafik dargestellten Ländern, bzw. Ländergruppen. Der Index listet für den jeweiligen Zeitraum positive und negative Ereignisse in den bilateralen Beziehungen, wobei jedes einzelne Ereignisse auf einer Skala von 1 bis 7 bzw. von -1 bis -7 bewertet wird, und addiert die Einzelwerte zu einem Gesamtwert. Je größer der Wert je waren die Beziehungen im entsprechenden Zeitraum durch positive Ereignisse geprägt.

Quelle: <<http://belinstitute.eu/en/analyticscomments/belarus-foreign-policy-index>>

Grafik 2: Warenhandel zwischen Belarus und Russland sowie innerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion (in Mrd. US-Dollar)



Quelle: Belarussisches Komitee für Statistik, <http://www.belstat.gov.by/ofitsialnaya-statistika/makroekonomika-i-okruzhayushchaya-sreda/vneshnyaya-torgovlya_2/osnovnye-pokazateli-za-period-s-___po-___gody_10/osnovnye-pokazateli-vneshnei-torgovli/> sowie Eurasische Wirtschaftskommission, <http://www.eurasiancommission.org/ru/act/integr_i_makroec/dep_stat/tradestat/time_series/Pages/default.aspx> (zusammengestellt von Ryhor Astapenia)

Doppelte Realität. Die russische Informationskampagne zu Belarus

Von Kamil Kłysiński (Zentrum für Oststudien, OSW – Warschau)

Zusammenfassung

Die Wahrnehmung des belarussischen Verbündeten durch die russische Regierungselite hat sich in den letzten zwei Jahren grundlegend geändert. Die gewandelte russische Perspektive hat viel mit den Entwicklungen in der Ukraine zu tun, die in Moskau verstärktes Misstrauen gegenüber jeglichen Anzeichen von Eigenverantwortung bei postsowjetischen Staaten hervorgerufen hat, vor allem bei Verbündeten wie Belarus. Vor diesem Hintergrund lancierten etliche russische Experten eine Reihe von Anschuldigungen gegen Belarus wegen angeblicher Illoyalität gegenüber Russland. Im Kontext einer zunehmenden Uneinigkeit über das künftige Kooperationsmodell zwischen Russland und Belarus griff die negative russische Sicht 2016 von engen Expertenkreisen auf die russische Medienöffentlichkeit über. Zusätzlich benutzte Russland Medienmanipulationen und Provokationen, während die russische Regierung gleichzeitig die Rhetorik einer Partnerschaft mit dem belarussischen Verbündeten aufrechterhielt. Es fällt schwer, die unter belarussischen Experten verbreitete Erklärung einfach abzutun, nach der es sich beim russischen Druck um reine Routine handelt und beide Seiten früher oder später zur bisherigen Kooperation und Integration zurückkehren werden. Andererseits regen etliche Faktoren zum Nachdenken über eine versteckte Agenda des aktuellen Konflikts zwischen Russland und Belarus an. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Kreml derzeit ein äußerst ambitioniertes Spiel mit seinem belarussischen Partner spielt, das das Beziehungsmodell der beiden Länder komplett verändern könnte.

Radikalisierung der Expertenmeinung

Der Ukraine-Konflikt war der Auslöser für einen Wandel der russischen Wahrnehmung von Belarus. Vor allem die russische Regierungselite definierte vor dem Hintergrund des Konflikts sowie wachsender Spannungen zwischen Moskau und dem Westen ihre Wahrnehmung des belarussischen Verbündeten neu. Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenka, der sich von der aggressiven russischen Ukraine-Politik distanzierte, galt ihr nun nicht mehr als einziger und ausreichender Garant für das Verbleiben von Belarus in der russischen Einflussosphäre. Letztlich kamen die russischen Eliten zu dem Schluss, dass Belarus sich trotz der nach wie vor existierenden Rhetorik der »Bruderrepublik« zunehmend zum Nationalstaat wandelt und eine eigene Außenpolitik verfolgt, die den Moskauer Interessen auch zuwiderlaufen kann.

Der kritischere Blick Russlands auf Belarus geht auf die Bewertung von Lukaschenkas Manövrierpolitik zwischen Ost und West zurück, mittels derer dieser möglichst autonom bleiben möchte. Gleichzeitig neigt die äußerst kritische und teils sogar emotionale Argumentation russischer Experten dazu, die belarussischen Aktionen zu überschätzen und interpretiert sie fälschlicherweise als Versuch, die russische Einflussosphäre endgültig zu verlassen. Im Ergebnis ist die russische Wahrnehmung von Lukaschenkas Politik wesentlich weniger tolerant als in den vorangegangenen Jahren, die ebenfalls von zahlreichen Streitigkeiten und Krisen geprägt waren.

Die Rekordzahl an russischen Analysen die seit 2014 zu Belarus veröffentlicht worden sind, ist durchgängig von dem Tenor bestimmt, dass Belarus angesichts sei-

nes Nationalismus und seiner anti-russischen Haltung immer mehr auf einen ukrainischen Kurs eingeschwenkt sei, was in Zukunft zur Konfrontation mit Russland führen könnte. Geprägt haben diesen Tenor so einflussreiche Institutionen wie das Russian Institute for Strategic Studies (RISI), das für die russische Präsidentschaft arbeitet, und das Institute for CIS Country Studies unter der Leitung des russischen Politikers und Parlamentsabgeordneten Konstantin Zatulin.

Erwähnenswert ist auch, dass viele formal nicht der Regierung zugehörige Experten, die für ihre analytischen Tätigkeiten aber unter Umständen staatliche Gelder erhalten, die gleiche kritische Sicht vertreten. Am deutlichsten zeigt sich das am Beispiel der im Herbst 2015 veröffentlichten Studie »Belarussischer Nationalismus gegen die russische Welt«, verfasst von den unabhängigen Experten und Publizisten Kirill Awerjanow-Minsky und Wladislaw Malzew. Die umfangreiche Publikation wurde durch eine Förderung finanziert, die ein Regierungsfond als Teil eines per Erlass vom russischen Präsidenten ausgeschriebenen Wettbewerbs vergeben hat. Es ist eine ziemlich detaillierte Beschreibung des realen wie des imaginierten Nationalismus in Belarus, sowohl in der Regierungspolitik des Landes als auch im Handeln ausgewählter sozialer Gruppen und Nichtregierungsorganisationen. Im angeführten Zusammenhang kann diese Studie als umfassender Versuch der Beschreibung der russisch-analytischen Sicht auf die belarussische Unabhängigkeit gewertet werden. Neben diesem wichtigsten Beispiel für die neue russische Perspektive auf Belarus sind in den letzten drei Jahren

zahlreiche kürzere Artikel und Analysen mit der gleichen Botschaft erschienen.

Entscheidend für ein besseres Verständnis der Lage ist, dass die Expertensicht nicht die offizielle Haltung des Kremls wiedergibt, der sich weiterhin der Rhetorik der Zusammenarbeit zweier Verbündeter und der »Bruderstaaten« bediente. Die erwähnten Studien sind jedoch kohärent genug, um jederzeit Teil russischer Regierungspropaganda zur Rechtfertigung drastischer Maßnahmen gegen Belarus werden zu können. Wie es scheint, waren diese Studien nicht nur ein Vorschlag für eine neue russische Belarus-Strategie vor dem Hintergrund des Ukraine-Konflikts und der westlichen Sanktionen, sondern auch der erste Teil einer Informationskampagne gegen die belarussische politische Führung.

Medienkampagne 2016

2016 haben sich die russisch-belarussischen Beziehungen stark verändert. Das zeigt auch die russische Informationskampagne in Bezug auf Belarus. Anfang des Jahres 2016 gab es Unstimmigkeiten über die Preise für aus Russland geliefertes Gas, die zu der Zeit jedoch ziemlich marginal schienen und nur einer sehr überschaubaren Gruppe von Experten für Energiefragen bekannt waren. In den folgenden Monaten wurden sie jedoch zum Auslöser eines äußerst dynamischen und gefährlichen Eskalationsprozesses. Bis Ende 2016 entstanden derart viele schwer lösbare Probleme zwischen Russland und Belarus, dass beide Seiten nun vor einem breiten Spektrum von Unstimmigkeiten stehen, das nahezu alle Aspekte ihrer bilateralen Zusammenarbeit umfasst.

Strittig diskutierte Punkte sind nicht nur die Lieferbedingungen für die Energieversorgung und der Zugang belarussischer Exporte zum russischen Binnenmarkt – gängige Themen der russisch-belarussischen Beziehungen –, sondern auch der Status der gemeinsamen Grenze (erstmalig als Konfliktpunkt solchen Ausmaßes) und der russische Anspruch auf belarussischem Gebiet eine erste wirkliche Militärbasis, den Luftwaffenstützpunkt in Babrujsk, einzurichten. Damit gibt es nun also eine grundlegende Auseinandersetzung um das künftige Modell weiterer Integration oder – was nicht ausgeschlossen werden kann – das Auseinanderdriften beider Länder.

Die wachsende Spannung zwischen Minsk und Moskau führte zu einer Wende. Die kritische und aggressive russische Sicht auf Lukaschenka und Belarus war nicht mehr fast ausschließlich Experten vorbehalten, sondern wurde in die Medienöffentlichkeit überführt und zwar deutlich sichtbar. Das Thema Belarus war auch in den großen öffentlichen Fernsehsendern präsent und die Kritik am kleineren Nachbarn beschränkte sich nicht auf Kurzmeldungen in den täglichen Nachrichten. Sie

wurde in den bekanntesten politischen Talkshows zur besten Sendezeit behandelt. Am 26. November 2016 diskutierten die geladenen Gäste der Talkshow »Time will tell« (»Wremja pokaschet«) auf dem ersten Kanal detailliert über die Inhalte eines neuen belarussischen Geschichtslehrbuchs. Die anwesenden Experten hegten starke Bedenken gegenüber einigen Teilen des Buchs – die ihrer Ansicht nach Ausdruck einer feindseligen Haltung gegenüber Russland sind. Daraus schlossen die Teilnehmer der Debatte unterstützt vom einseitig voreingenommenen Moderator, in Belarus gäbe es einen wachsenden »gefährlichen Nationalismus«, der direkt zu einem blutigen Maidan-Szenario in Belarus führen würde. Zwei Gäste, die die belarussische Sicht vertraten, wurden regelmäßig unterbrochen, ihre Anmerkungen wurden nur zur Bestätigung der Hauptbotschaft zugelassen.

Als der dem russischen Verteidigungsministerium nahestehende Fernsehsender »Stern« drei Tage später die Talkshow »Prozess« ausstrahlte, lieferte er ein Beispiel für eine noch wesentlich voreingenommene Diskussion über Belarus, die sich komplett der Frage widmete: Wer wird die Partnerschaft zwischen Belarus und Russland aufkündigen und die belarussische Außenpolitik stärker auf eine Kooperation mit dem Westen ausrichten? Bis zur letzten Minute mühte der Moderator sich konsequent, die geladenen Gäste zu radikalen Aussagen über die belarussische Regierung und die belarussische Gesellschaft zu bewegen. Hierzu legte er ein hohes Maß an Kreativität an den Tag, etwa indem er behauptete, im Donbass im Einsatz befindliche ukrainische Panzer würden mit aus Belarus importiertem Benzin betrieben, das komplett aus russischem Öl produziert wurde. Dies präsentierte er als offensichtlichen Beleg für die Illoyalität von Belarus. Die Mehrheit der anwesenden Experten blieb in ihren Kommentaren jedoch professionell.

Die heftigsten Reaktionen rief aber eine am 21. Dezember 2016 veröffentlichte Aussage von General Leonid Reschetnikow hervor, Direktor des Russian Institute of Strategic Studies und russischer Geheimdienstoffizier im Ruhestand. Er leugnete unmissverständlich die Existenz einer eigenständigen Identität und Sprache des belarussischen Volks und behauptete, die belarussische Regierung hätte es mit ihrer Unabhängigkeitspolitik übertrieben und dadurch eine Wiederholung des sogenannten Ukraine-Szenarios riskiert. Es war das erste Mal, dass in Russland eine so radikale Einstellung zu Belarus von so hoher Stelle geäußert wurde, die wohl auch die Ansicht eines Großteils der russischen Elite wiedergibt. Das ist wahrscheinlich auch der Grund dafür, dass das belarussische Außenministerium dem Leiter der russischen Botschaft in Minsk gleich am nächsten Tag eine entschiedene offizielle Zurückweisung

dieser Sichtweise überreichte. Zudem war die Äußerung von Reschetnikow allem Anschein nach ein Grund für die Entscheidung des belarussischen Präsidenten, den Gipfel der Regierungschefs der von Russland betriebenen Integrationsprojekte, der Eurasischen Wirtschaftsunion und der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, am 26. Dezember in Sankt Petersburg zu boykottieren.

Anfang 2017 zielte Russland mit neuen Drohungen und Provokationen auf Belarus: Zum einen tauchten an verschiedenen Stellen lakonische Informationssetzen über Entscheidungen zweier russischer Konzerne, Gazprom und Rosneft, auf, der größten Erdöl- und Erdgaslieferanten von Belarus. Daraus schloss ein Teil der unabhängigen belarussischen Medien, Russland habe entschieden, die Energieversorgung von Belarus auf ein so niedriges Niveau wie nie zuvor zu beschränken. Nach gründlicherer Recherche stellte sich jedoch heraus, dass es sich um simple Manipulation von eher unwichtigen Fakten gehandelt hat.

Zum anderen veröffentlichte das bekannte staatsnahe russische Meinungsforschungsinstitut WZIOM Ende Februar 2017 die Ergebnisse einer Umfrage zur Einstellung der Russen gegenüber Belarus. Laut dieser Umfrage unterstützen 78 % der Russen die Idee der Einführung einer Visumpflicht für Belarussen, 60 % lehnen weitere Subventionen für Belarus ab (etwa niedrigere Gas- und Ölpreise und eine bevorzugte Behandlung belarussischer Exporte auf dem russischen Binnenmarkt). Die gestellten Fragen sind dabei suggestiv formuliert, um die Befragten zu gegen Belarus gerichteten Antworten zu verleiten.¹

Gleichzeitig muss betont werden, dass die offizielle Position des Kremls sich noch nicht geändert hat. Sie ist – trotz zahlreicher Meinungsverschiedenheiten – nach wie vor vom Paradigma der Kooperation und der Aufrechterhaltung des Bündnisses geprägt. Entsprechend gibt es zurzeit zwei gegensätzliche Perspektiven, was den Eindruck einer doppelten Realität in den russisch-belarussischen Beziehungen erweckt.

Routine oder riskantes Spiel?

Die Analyse der russischen Medienattacken der letzten Monate lässt zwei Interpretationsmöglichkeiten zu. Einerseits ist es möglich, dass Russland nur routinemäßig Druck ausgeübt hat, wie das im Rahmen der bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern regelmäßig geschieht. In diesem Fall wäre das wahrscheinlichste Ziel der russischen Strategie einfach, die belarussische politische Führung zu etlichen aus russischer Sicht wichtigen Zugeständnissen zu bewegen. Ver-

treter dieser Interpretation verweisen auf eine ähnliche Episode im Jahr 2010. Damals präsentierte der russische Fernsehsender NTV den fünfteiligen Dokumentarfilm »Der Pate«, in dem Material zu sämtlichen mit Lukaschenka in Verbindung gebrachten Kontroversen präsentiert wurde. Hauptziel war es, den belarussischen Präsidenten einzuschüchtern und ihn zur Unterstützung der russischen Reintegrationsprojekte in den postsowjetischen Raum zu zwingen. Nachdem Lukaschenka eingewilligt und alle nötigen Dokumente unterzeichnet hatte, wurde die feindselige Medienkampagne beendet und die Beziehungen zwischen Moskau und Minsk normalisierten sich wieder.

Dieser Interpretation lässt sich zwar kaum komplett widersprechen. Andererseits regen etliche Faktoren zum Nachdenken über eine versteckte Agenda des aktuellen Konflikts zwischen Russland und Belarus an. Erstens hat noch keiner der zahlreichen Konflikte in den 25 Jahren der bilateralen Beziehungen beider Länder so lange gedauert und war so umfassend, dass er das Potential hatte die Grundfesten des nach wie vor existenten Modells russisch-belarussischer Kooperation und Integration zu unterminieren. Zweitens ist die parallel laufende russische Informationskampagne von bislang unerreichter Radikalität, indem sie nicht nur die Loyalität Lukaschenkas in Frage stellt, sondern auch die historischen Wurzeln belarussischer Staatlichkeit, Sprache und Kultur. Drittens zeigt die Entwicklung der letzten Monate, dass Russland den Konflikt mit voller Absicht in die Länge zieht, Verhandlungen verzögert und ganz eindeutig auch Entscheidungen vermeidet, die zu einer Deeskalation beitragen könnten.

Diese drei neuen Entwicklungen machen deutlich, dass Russland womöglich ein wesentlich ambitionierteres Spiel mit seinem belarussischen Partner spielt als früher. Der erhöhte Druck auf Minsk könnte bedeuten, dass die russische Seite diesmal nicht – wie in der Vergangenheit stets geschehen – zu einem neuen Kompromiss mit Alexander Lukaschenka findet. Ein solcher würde eine Rückkehr zum bisherigen Kooperationsmodell bedeuten, eventuell mit einigen kosmetischen Änderungen an zweitrangigen Aspekten.

Zurzeit scheint Russland Belarus nahezu völlig unter Kontrolle zu haben, und was am wichtigsten ist: Die russische politische Führung ist nicht mehr überzeugt davon, dass ihre Interessen in Belarus nur bei gleichzeitiger Sicherung von Lukaschenkas Machterhalt respektiert werden. Auch wenn es für eine so vermessene Prognose wie die über eine russische Militärintervention oder einen aus Moskau angeregten Umsturz in Minsk keinen Grund gibt, sind zwei Dinge ziemlich offensichtlich. Zum einen, dass die russische Informationskampagne sich zu einem gewissen Maß an die russische

1 <<https://wciom.ru/index.php?id=236&uid=116074>>

Gesellschaft richtet. Ziel von Propagandaspezialisten in Moskau ist es, die öffentliche Meinung über Belarus und die Belarussen zu verändern, die momentan ziemlich positiv ist. Wiederholt geäußerte Thesen über den »parasitären« und »illoyalen« Verbündeten könnten in Zukunft als Rechtfertigung für eine radikale Abkehr vom Modell »brüderlicher« Zusammenarbeit dienen.

Zum anderen sind viele Aktionen der russischen Seite eine Art Provokation, die Alexander Lukaschenka zu Aktionen drängen können, die die Kooperation mit Russland verschlechtern oder gar blockieren würden. Ein Beispiel für diese (zweifelloso erfolgreiche) Art des Manövrierens ist die erwähnte Aussage des Generals Reschetnikow über die belarussische Sprache. Wie es scheint, liefern solche Provokationen Moskau einfa-

che Entschuldigungen für eine weitere Eskalation des Drucks und des Vorgehens gegen den »aufsässigen« Nachbarn.

Das ungekannnt hohe Maß an Spannungen und tief sitzendem Misstrauen unter den Eliten (einschließlich der Regierungen) beider Länder destabilisiert die bilateralen Beziehungen und nimmt die Aussicht auf echte Integration. Selbst wenn beide Seiten immer mal wieder in der Lage sein sollten, einen Kompromiss zu finden – wie bei den offiziellen Gesprächen der beiden Präsidenten in St. Petersburg geschehen –, ist es eher zweifelhaft, dass Russland und Belarus glücklich zum früheren Modell langfristiger Kooperation zurückfinden werden.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

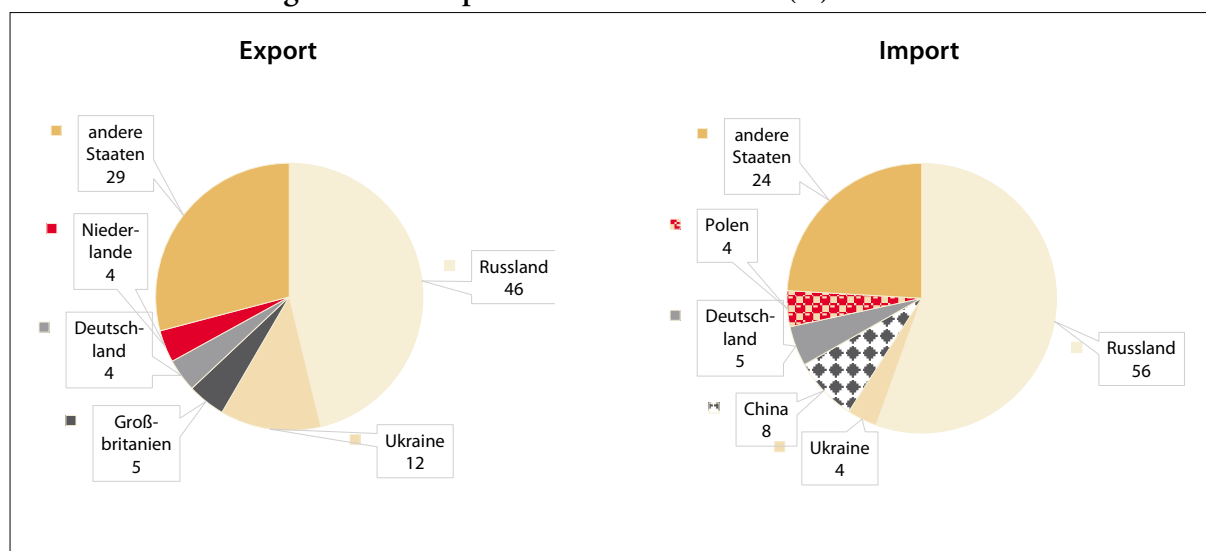
Über den Autor

Kamil Kłysiński ist Senior Fellow in der Abteilung für die Ukraine, Belarus und Moldau im Zentrum für Oststudien, einem unabhängigen öffentlichen Forschungsinstitut in Warschau (<www.osw.waw.pl>). Seine Forschungsschwerpunkte sind die innenpolitische Lage in Belarus und die belarussische Außenpolitik.

STATISTIK

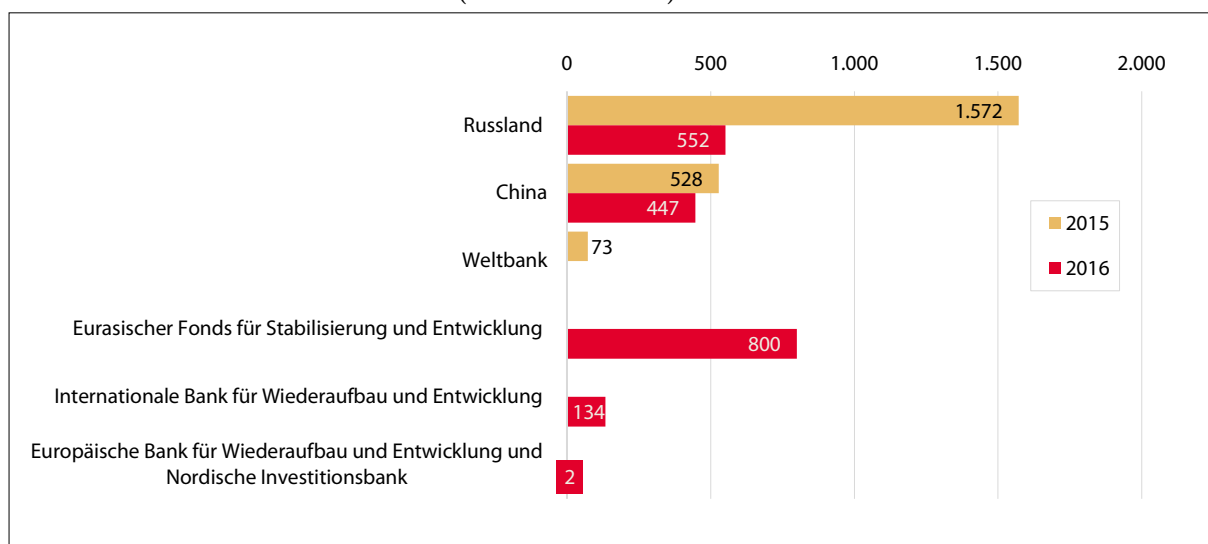
Wirtschaftsbeziehungen von Belarus

Grafik 1: Die wichtigsten Handelspartner von Belarus 2016 (%)



Quellen: Belarussisches Staatliches Komitee für Statistik, <http://www.belstat.gov.by/ofitsialnaya-statistika/makroekonomika-i-okruzhayushchaya-sreda/vneshnyaya-torgovlya_2/dannye-o-vneshnei-torgovle-respubliki-belarus-p_2/raspredelenie-eksporta-tovarov-po-stranam-osnovnym-torgovym-partneram-v-2013-godu/>; <http://www.belstat.gov.by/ofitsialnaya-statistika/makroekonomika-i-okruzhayushchaya-sreda/vneshnyaya-torgovlya_2/dannye-o-vneshnei-torgovle-respubliki-belarus-p_2/raspredelenie-importa-tovarov-po-stranam-osnovnym-torgovym-partneram-v-2013-godu/>

Grafik 2: Ausländische Käufer (staatlich und kommerziell) von belarussischen Staatsanleihen nach Herkunftsländern (Mio. US-Dollar)

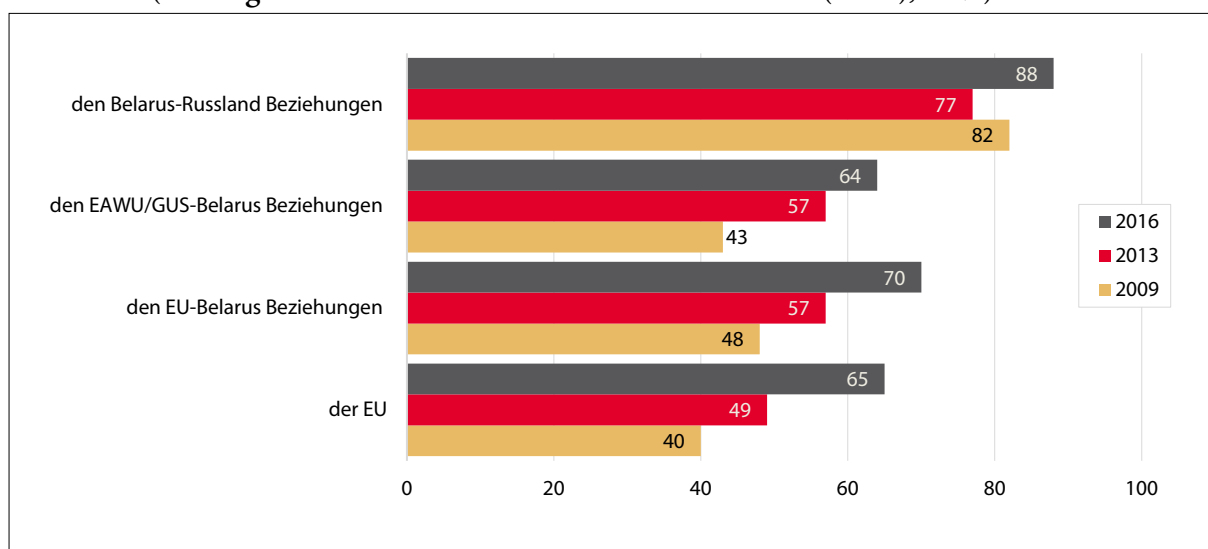


Quelle: belarussisches Finanzministerium, <<https://myfin.by/wiki/term/vneshnij-dolg-v-belarusi>>

UMFRAGE

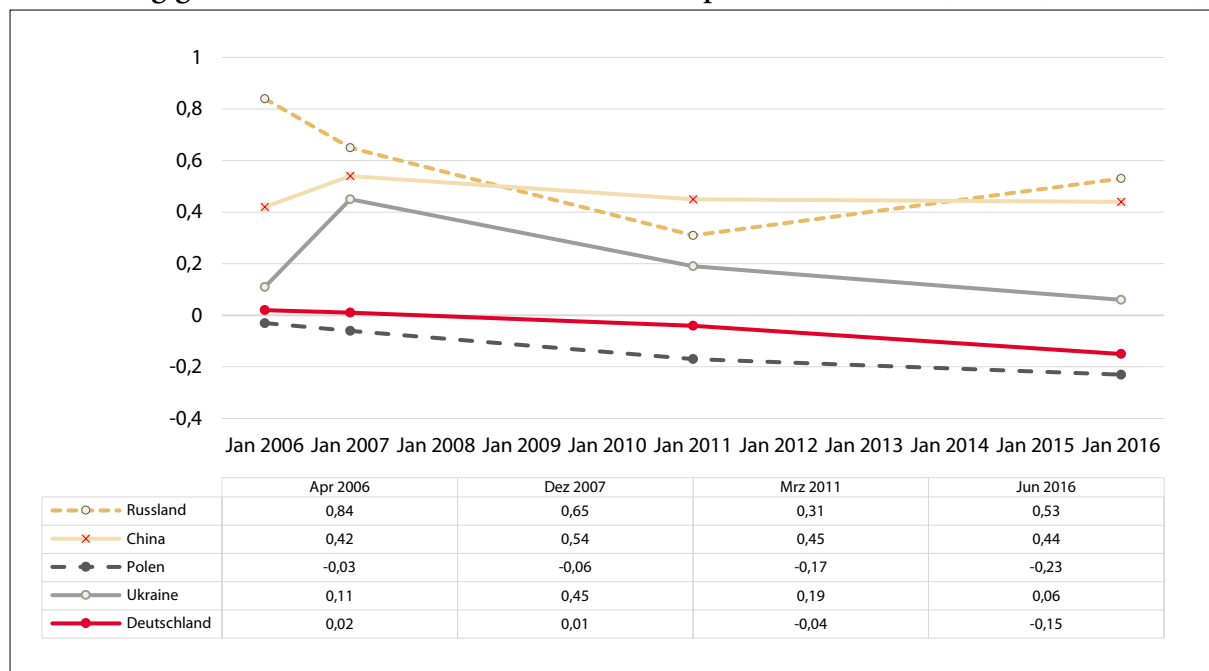
Die Haltung der belarussischen Bevölkerung gegenüber Russland und der EU

Grafik 1: Inwieweit sind Sie interessiert an ...?
(Umfrage des Büros für ein Demokratisches Belarus (ODB), in %)



Quellen: *Belarus between the European Union and the Eurasian Economic Union: A national values survey 2016*, <<https://odb-office.eu/files/BNV%20Survey%20Brief%20Belarus%20eng.pdf>>; *Public Opinion Poll. Belarus and Eastern Partnership: National and European Values*, <https://odb-office.eu/expertise_/research/public-opinion-poll-belarus-and-eastern-partnership-national-and-european-values>.

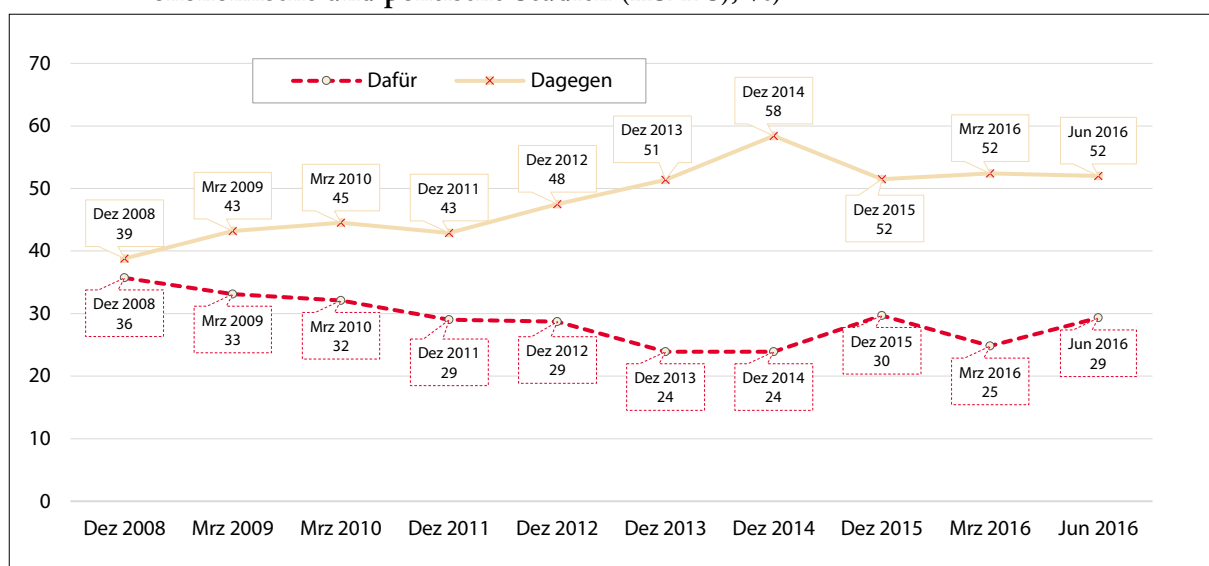
Grafik 2: Welche Länder stehen Belarus freundschaftlich gegenüber (Umfragen des Unabhängigen Instituts für sozial-ökonomische und politische Studien (IISEPS); Indexwert)



Anmerkung: Der Index wird gebildet als Differenz zwischen dem Anteil der Respondenten, die das angegebene Land als freundschaftlich und unfreundschaftlich bezeichnet haben, dividiert durch 100.

Quelle: Ijun 2016: *Drusja i vrugi Belarusi*, <<http://www.iiseps.org/?p=4793>>.

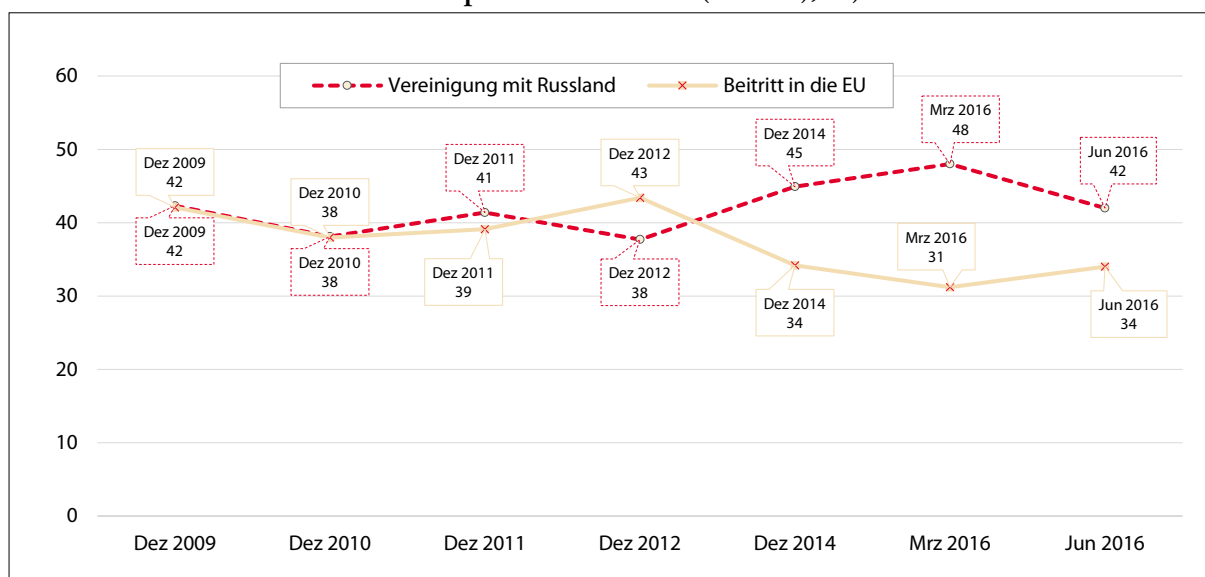
Grafik 3: Sollte heute ein Referendum über die Vereinigung von Belarus und Russland stattfinden, wie würden Sie abstimmen? (Umfragen des Unabhängigen Instituts für sozial-ökonomische und politische Studien (IISEPS); %)



Anmerkung: An 100 % fehlende Antworten: »weiß nicht« bzw. »keine Angabe«

Quelle: Ijun 2016: *esli sawtra wojna*, <<http://www.iiseps.org/?p=4789>>.

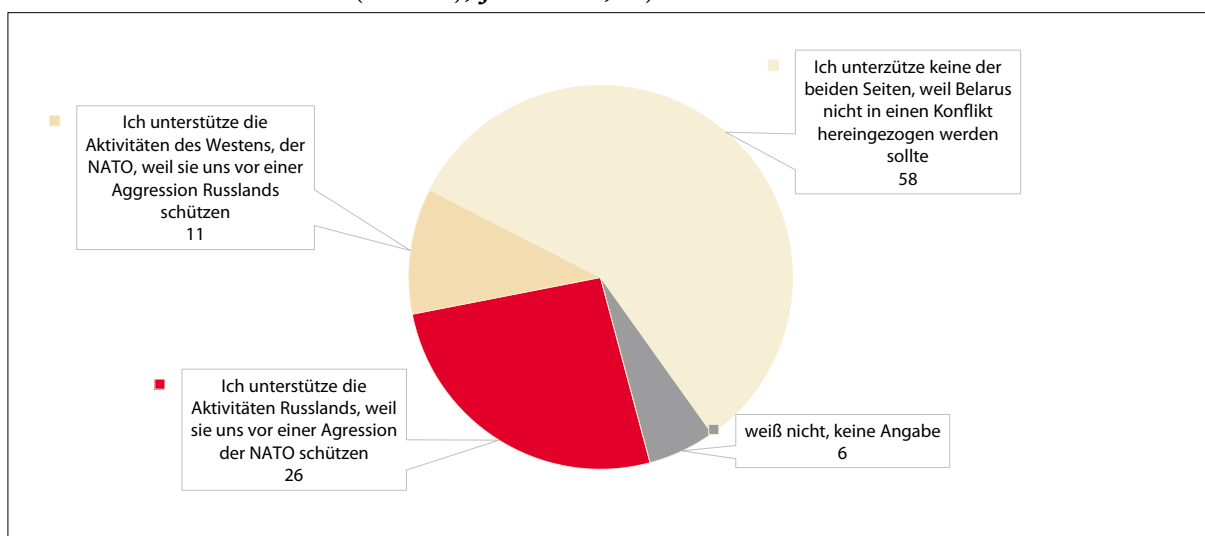
Grafik 4: Sollte Sie zwischen einer Vereinigung mit Russland und einem Beitritt in die EU wählen müssen, was würden Sie wählen? (Umfragen des Unabhängigen Instituts für sozial-ökonomische und politische Studien (IISEPS); %)



Anmerkung: An 100 % fehlende Antworten: »weiß nicht« bzw. »keine Angabe«

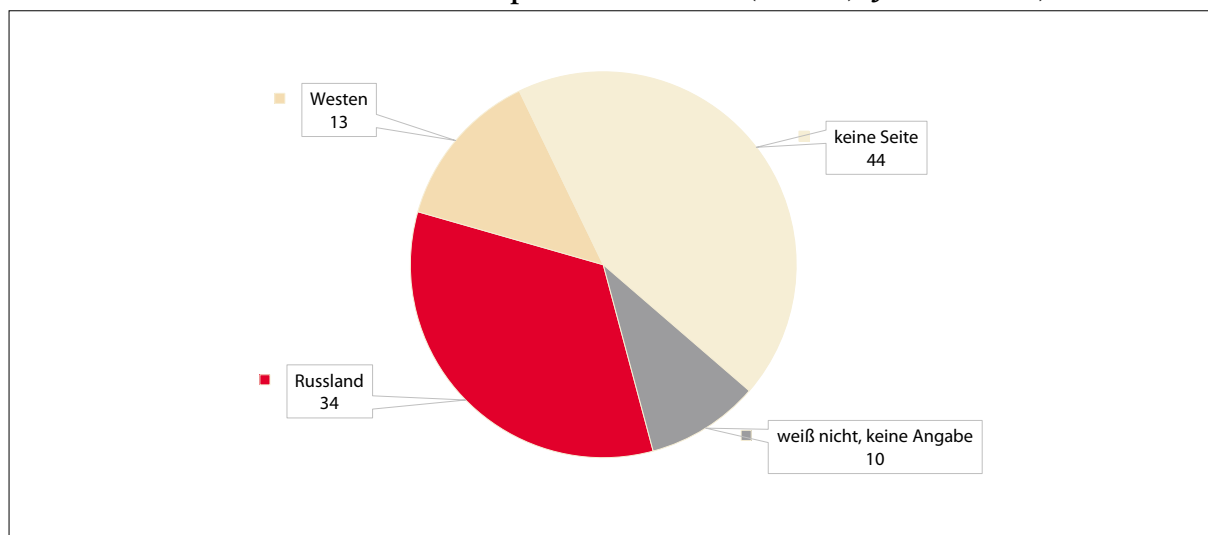
Quelle: 1jun 2016: esli sawtra wojna, <<http://www.iiseps.org/?p=4789>>.

Grafik 5: In letzter Zeit erhöht sich die militärische Präsenz an den Grenzen von Belarus. Russland stationiert neue Divisionen an seiner Westgrenze, und die NATO verstärkt ihre Truppen in Polen und den baltischen Staaten. Manche Menschen in Belarus unterstützen die Aktivitäten Russlands, andere die des Westens, der NATO. Wie ist Ihre Meinung? (Umfragen des Unabhängigen Instituts für sozial-ökonomische und politische Studien (IISEPS); Juni 2016, %)



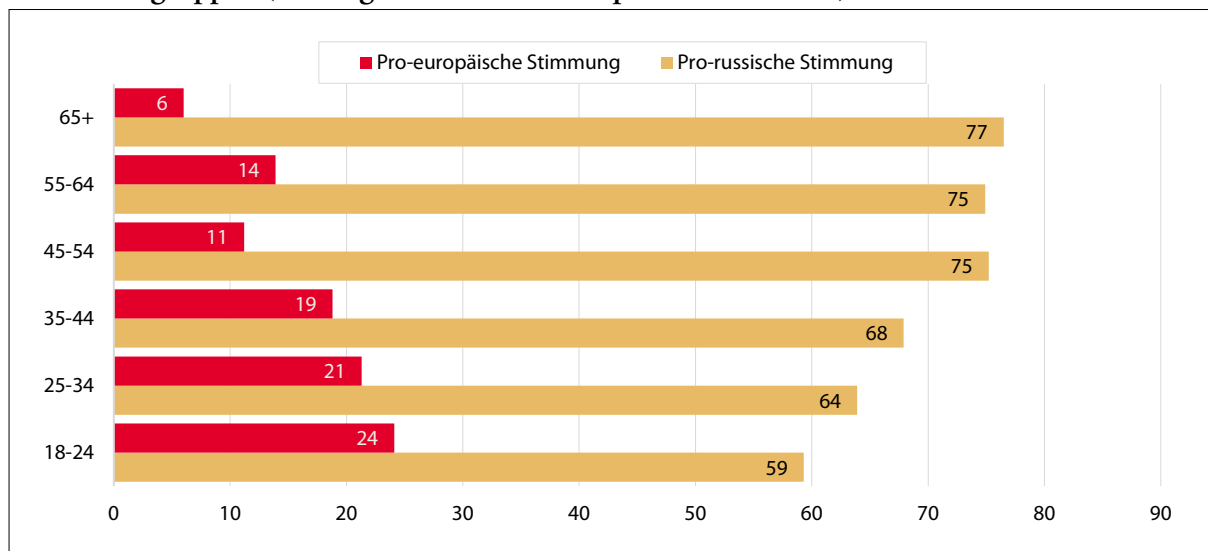
Quelle: 1jun 2016: esli sawtra wojna, <<http://www.iiseps.org/?p=4789>>.

Grafik 6: Sollte es zu einem militärischen Konflikt zwischen Russland und dem Westen kommen, welche Seite würden Sie unterstützen? (Umfragen des Unabhängigen Instituts für sozial-ökonomische und politische Studien (IISEPS); Juni 2016, %)



Quelle: Ijun 2016: esli sawtra wojna, <<http://www.iiseps.org/?p=4789>>.

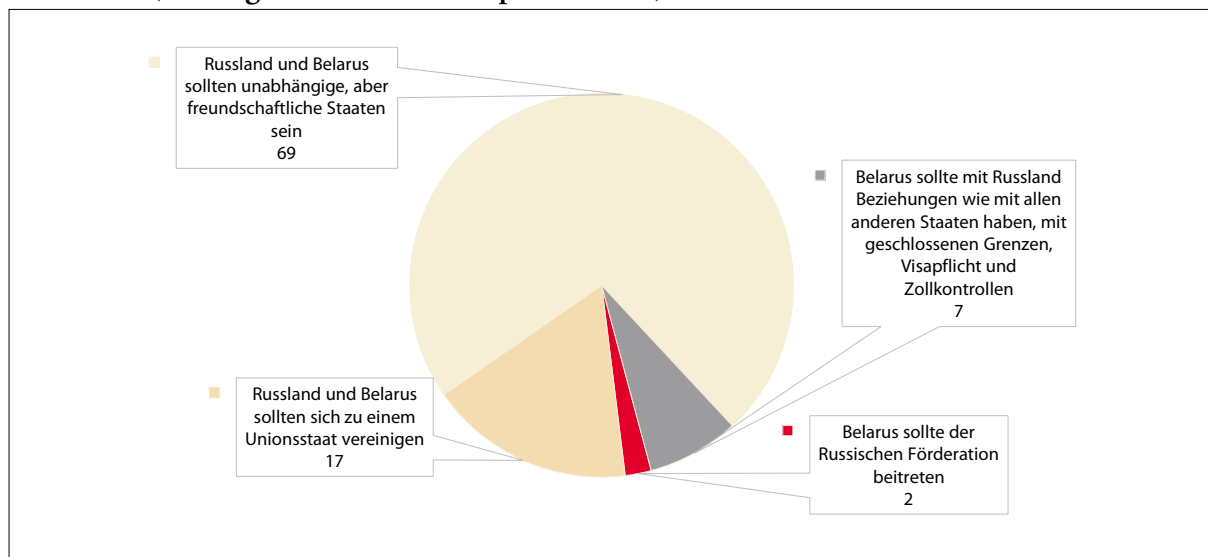
Grafik 7: Anteil der pro-europäischen und pro-russischen Stimmungen in Belarus nach Altersgruppen (Umfragen von NOVAK; April–Mai 2016, %)



Anmerkung: An 100 % fehlende Antworten: »weiß nicht« bzw. »keine Angabe«

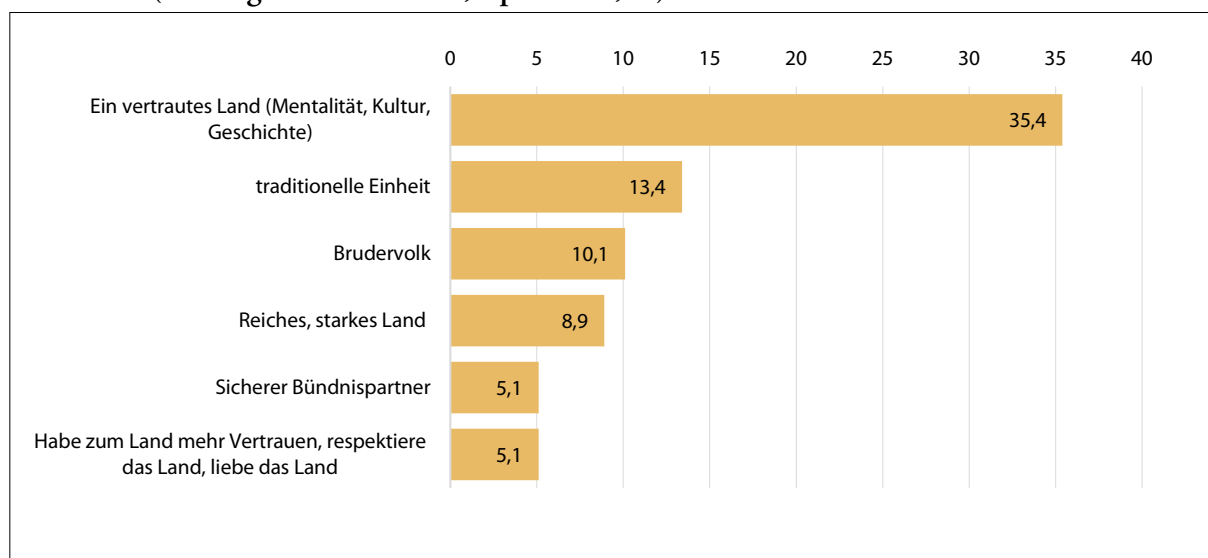
Quelle: Kak televizor menjaet otnoshenie belorusow k Rossii i Ewrosojuzu, <<http://kyky.org/life/kak-televizor-menjaet-otnoshenie-belorusov-k-rossii-i-evrososyuzu>>.

Grafik 8: Bevorzugte Form der belarussisch-russischen Beziehungen
(Umfragen von NOVAK; April 2016, %)



Quelle: *Kak telewisor menjaet otnoschenie belorusow k Rossii i Ewrosojusu*, <<http://kyky.org/life/kak-telewizor-menjaet-otnoshenie-belorusov-k-rossii-i-ewrosoyuzu>>.

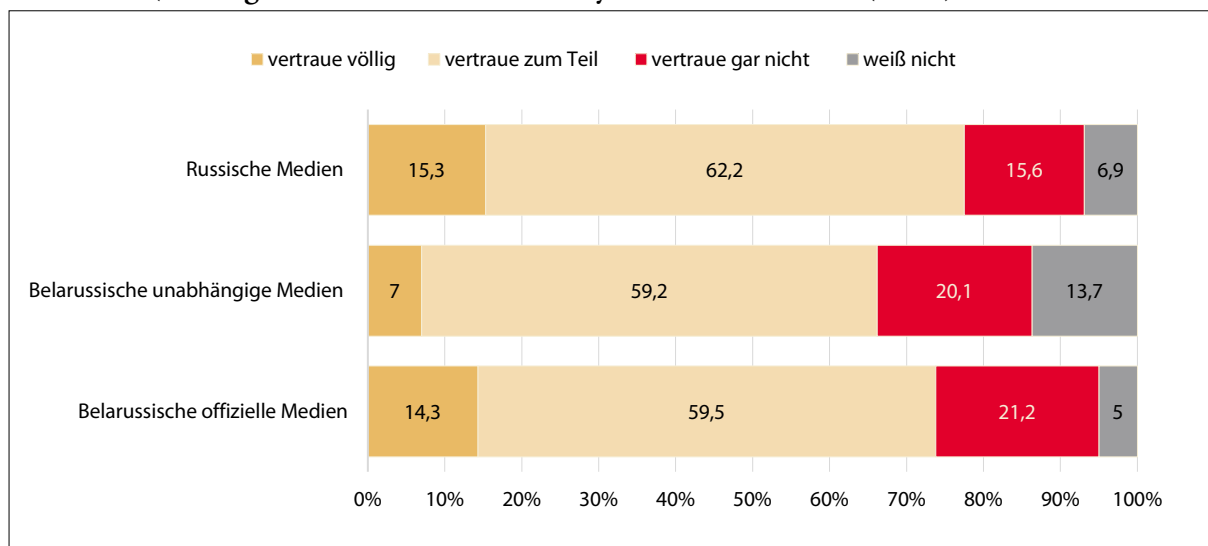
Grafik 9: Wenn Sie eine Union mit Russland gewählt haben, warum?
(Umfragen von NOVAK; April 2016, %)



Anmerkung: Alle Gründe mit einer Häufigkeit von mehr als 5 %

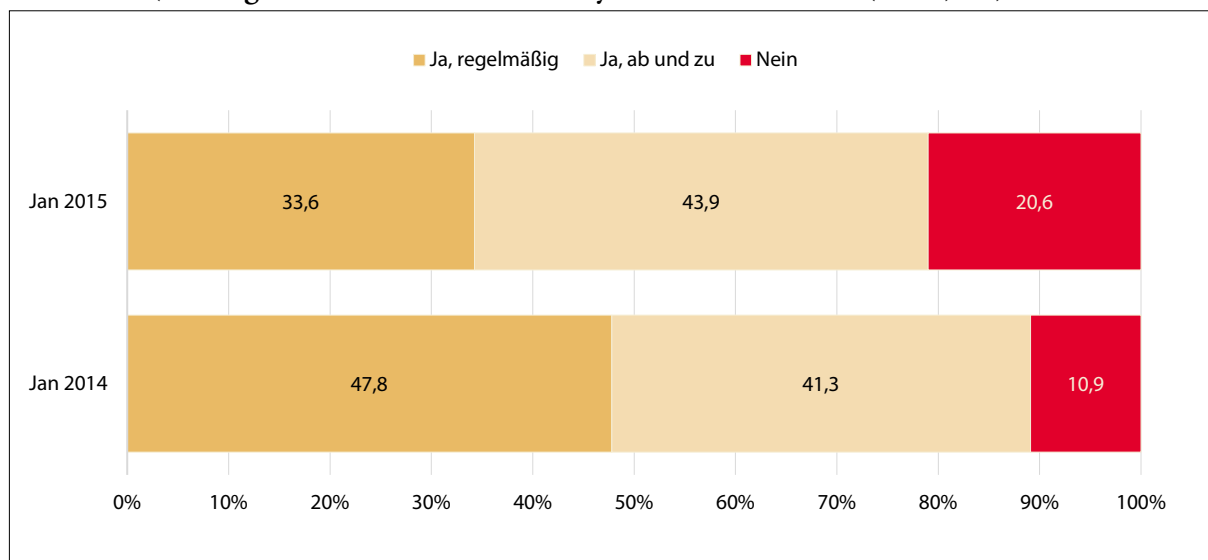
Quelle: *Kak telewisor menjaet otnoschenie belorusow k Rossii i Ewrosojusu*, <<http://kyky.org/life/kak-telewizor-menjaet-otnoshenie-belorusov-k-rossii-i-ewrosoyuzu>>.

Grafik 10: Haben Sie insgesamt Vertrauen zu folgenden Medien?
(Umfragen des Belarussischen Analytischen Workrooms (BAW); Dezember 2016, %)



Quelle: Opros: 65 % belorusow – sa sojus s Rossiej, 19 % – sa ustuplenie w Ewrosojus, <<https://news.tut.by/economics/532361.html>>.

Grafik 11: Sehen Sie regelmäßig russische TV-Sender?
(Umfragen des Belarussischen Analytischen Workrooms (BAW); %)



Quelle: Obschestwennoe mnenie kak predwybornyj kontekst, 19 % – sa ustuplenie w Ewrosojus, <<http://www.belaw.eu/?p=1412>>.

20. Februar – 21. April 2017

20.02.– 06.03.2017	Lokale Anwohner sowie Aktivisten, Menschenrechtler und Oppositionelle protestieren gegen den Bau eines Geschäftszentrums neben dem bis 2014 geschützten Gedenkort »Kurapaty« in Minsk, wo in den 1930er und 1940er Jahren 7.000 bis 250.000 Menschen von sowjetischen Behörden getötet und begraben wurden. Die Proteste finden an der Baustelle tags und nachts mit 15 bis 250 Teilnehmern statt. Das Thema wird u. a. in staatlichen Medien aufgegriffen. Am 27. Februar werden die Bauarbeiten von der Baufirma gestoppt.
21.–22.02.2017	Der Außenminister von Belarus, Uladsimir Makej, hält sich zu einem Arbeitsbesuch in Moskau auf. Er führt ein Arbeitstreffen mit seinem Amtskollegen Sergej Lawrow – dabei werden die Außenpolitik des Unionsstaates in den Jahren 2016–2018, die Zusammenarbeit mit der UNO und der OSZE sowie Fragen der bilateralen Zusammenarbeit besprochen.
23.02.2017	Der Verteidigungsminister von Belarus, Andrei Raukou, erklärt, dass die geplanten gemeinsamen russisch-belarussischen Militärübungen »Sapad-2017« (auf Deutsch: »Westen-2017«) weder für die Souveränität von Belarus noch für die westlichen Nachbarstaaten von Belarus eine Bedrohung darstellen.
23.02.2017	Die Präsidentin Litauens, Dalia Grybauskaitė, äußert die Meinung, dass der Bau des AKW in Belarus ein gegen Litauen gerichtetes russisches geopolitisches Projekt sei.
23.–24.02.2017	Eine belarussische Parlamentsdelegation nimmt an der Wintersession der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Wien teil.
26.02.– 19.03.2017	In Belarus kommt es landesweit erneut zu Protesten, die sich gegen den 2015 vom Präsidenten unterschriebenen Erlass Nr. 3 »Über die Verhinderung sozialen Schmarotzertums« richten sowie gegen die allgemeine Wirtschafts- und Innenpolitik der Regierung. Die Kundgebungen finden u. a. in Minsk, Hrodna, Brest, Witsebsk, Mahileu, Baranawitschy, Babruisk, Maladsetschna, Pinsk, Rahatschou, Orscha und Slonim statt. Die Teilnehmerzahl variiert von 100 bis über 3000. In den drauf folgenden Wochen kommt es zu mehreren, teils gewaltsamen Festnahmen und Verhaftungen der Aktivisten, Oppositionsleiter und Journalisten sowie zu Geldstrafen landesweit. Zum Stand 23. März berichten Menschenrechtsaktivisten von insgesamt über 250 Festnahmen.
27.02.2017	Der Rat der EU verlängert die verbliebenen Sanktionen gegen Belarus um ein weiteres Jahr (bis zum 28. Februar 2018). Es handelt sich um ein Waffenembargo sowie das Einfrieren der Vermögenswerte und ein Reiseverbot für vier Personen, die mit dem ungeklärten Verschwinden zweier Oppositionspolitiker, eines Geschäftsmanns und eines Journalisten in den Jahren 1999 und 2000 in Zusammenhang gebracht werden.
28.02.2017	Der stellvertretende Außenminister von Belarus, Waliantin Rybakou, nimmt an der 34. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates in Genf teil. Rubakou ruft den UN-Menschenrechtsrat u. a. dazu auf, auf Probleme und Bedürfnisse konkreter Staaten einzugehen sowie die UN-Monitoringmechanismen nur in Abstimmung mit legalen Regierungen anzuwenden.
28.02.– 02.03.2017	Der Präsident Georgiens, Giorgi Margwelaschwili, hält sich zu einem offiziellen Besuch in Belarus auf. Es werden u. a. Gespräche mit Präsident Aliaksandr Lukaschenka und der Regierung sowie im Parlament durchgeführt. Beide Staatshäupter bestätigen das Interesse ihrer Länder an der Stärkung der bilateralen Zusammenarbeit.
01.03.2017	Ein weiteres Treffen der Kontaktgruppe zur Beilegung der Ukraine-Krise findet in Minsk statt.
06.03.2017	Ein Treffen zwischen dem Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses für Menschenrechte, nationale Beziehungen und Massenmedien, Andrej Naumowitsch, und der Beauftragten für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, MdB Dr. Bärbel Kofler, findet in Minsk statt. Im Mittelpunkt des Gesprächs steht der Nationalplan für Menschenrechte in Belarus 2016–2019.
09.03.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka trifft die Entscheidung, die Wirkung des Erlasses Nr. 3 »Über die Verhinderung sozialen Schmarotzertums« für ein Jahr auszusetzen. Der Erlass solle allerdings nicht aufgehoben werden.
12.03.2017	Die Europäische Union ruft belarussische Behörden auf, alle in den letzten Wochen im Zusammenhang mit den friedlichen Protesten Verhafteten, freizulassen.
13.–14.03.2017	Der Staatssekretär für Europa im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Michael Roth, hält sich zu einem offiziellen Besuch in Belarus auf. Der Besuch findet aus Anlass des 25. Jahrestages der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Belarus statt. Der Staatssekretär trifft sich u. a. mit dem Außenminister von Belarus, Uladsimir Makej, mit Parlamentariern und Vertretern der Zivilgesellschaft und eröffnet in Minsk die von deutschen und belarussischen Historikern gemeinsam konzipierte Wanderausstellung »Vernichtungsort Malyj Trostenez. Geschichte und Erinnerung«.

14.03.2017	Die Belarussische Nationale Plattform des Forums der Zivilgesellschaft der Östlichen Partnerschaft, die mehr als 70 Organisationen vereint, fordert die Behörden dazu auf, die Repressionen gegen friedliche Demonstranten in Belarus zu stoppen sowie den Erlass Nr. 3 aufzuheben.
15.03.2017	Die Internationale Menschenrechtsorganisation »Reporter ohne Grenzen« verurteilt die Inhaftierungen von Journalisten und Blogger, die über die Proteste in Belarus vom 10.–12. März in verschiedenen Städten berichtet haben.
15.03.2017	Der stellvertretende Außenminister von Polen, Marek Sułkowski, der am Treffen der stellvertretenden Außenminister der Mitgliedstaaten der Visegrád-Gruppe und der Östlichen Partnerschaft in Minsk teilnimmt, ruft die belarussischen Behörden zur Freilassung der festgenommenen Teilnehmenden der sozialen Proteste in Belarus auf.
15.03.2017	Der Vizepremier und Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten Belgiens, Didier Reynders, hält sich zu einem offiziellen Besuch in Belarus auf und trifft sich mit Präsident Aliaksandr Lukaschenka und mit Außenminister Uladsimir Makej. Belgien möchte Belarus als Teilnehmerland des Gipfeltreffens der »Östlichen Partnerschaft« 2017 sehen, so Reynders. Der belgische Außenminister sieht auch Perspektiven für die Vereinfachung des Visaregimes zwischen Belarus und der EU.
15.03.2017	In Minsk tagt die Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine.
15.–17.03.2017	Die Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Christine Muttonen, besucht mit einer Delegation Belarus und führt Gespräche u. a. mit Präsident Lukaschenka, Außenminister Makej, den Vorsitzenden der Repräsentantenkammer der Nationalversammlung, Uladsimir Andreitschanka, und des Rates der Republik, Mikchail Mjasnikowitsch. Der Besuch widmet sich der Planung der 26. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, die 2017 in Minsk geplant ist. Auch die Festnahmen von Aktivisten und Journalisten werden von Muttonen angesprochen.
16.03.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka trifft sich mit dem Leiter der IWF-Mission in Belarus, Peter Dolman, um die Zusammenarbeit zwischen Belarus und dem IWF zu besprechen. Wie früher angekündigt, will Belarus beim IWF einen Kredit in Höhe von 3,5 Mrd. US-Dollar beantragen.
17.03.2017	Die Beobachtungsstelle für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern fordert die belarussischen Behörde zur Einstellung der Verfolgung von Menschenrechtlern in Belarus auf, die an sozialen Protesten teilnehmen.
17.03.2017	Der Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), Michael Georg Link, fordert die belarussischen Behörden auf, das Recht der Bürger auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu respektieren.
18.03.2017	Die Europäische Union ruft die Verantwortlichen in Belarus dazu auf, alle festgenommenen Teilnehmer der sozialen Proteste sowie Journalisten unverzüglich freizulassen.
20.03.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka kündigt an, Belarus habe nicht vor, die Kooperation mit Russland im militärischen Bereich einzustellen, auch wenn es in anderen Bereichen Probleme und Spannungen gebe.
20.03.2017	Der Beauftragte der polnischen Regierung für strategische Energieinfrastruktur, Peter Naimsky, erklärt, dass Polen sich entschieden habe, keine Atomenergie aus Belarus zu beziehen. Damit unterstützt Polen den litauischen Boykott von Exporten des belarussischen AKW. Grund dafür sei die nicht ausreichende Sicherheit des sich im Bau befindlichen AKW.
21.03.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka berichtet während seines Aufenthaltes in Mahileu über mehrere festgenommene bewaffnete Kämpfer in Belarus, die eine gewaltsame »Provokation« im Land geplant hätten. Sie hätten in Militärlagern in Polen, Litauen oder der Ukraine trainiert, so der Präsident.
21.03.2017	Der Leiter des Menschenrechtszentrums »Viasna« Ales Bialiatski erklärt auf einer Pressekonferenz, dass die belarussischen Behörden in Zeiten der politischen Krise eine falsche Strategie gewählt haben – statt Repressionen benötige man einen Dialog.
21.03.2017	Der Außenminister von Litauen, Linas Linkevičius, nennt die vom belarussischen Präsidenten verbreiteten Information über Militärlager in Litauen »eine Räubergeschichte« und fordert die belarussischen Behörden dazu auf, die ständige Suche nach Feinden im In- und Ausland aufzugeben.
21.03.2017	Die Internationale Föderation für Menschenrechte verurteilt das erste Todesurteil des laufenden Jahr in Belarus, das am 17. März gegen Aleksei Mikchalenja verhängt wurde.
22.03.2017	Das ukrainische Außenministerium weist die vom belarussischen Präsidenten verbreiteten Information über Militärlager in der Ukraine zurück.

22.03.2017	Das Außenministerium von Polen äußert sich besorgt über die massenhaften Festnahmen von Aktivisten und Journalisten in Belarus.
22.–23.03.2017	Vertreter der Opposition und Zivilgesellschaft aus Belarus treffen sich während ihres Aufenthalts in Polen mit dem stellvertretenden Außenminister von Polen, Marek Sułkowski, und nehmen an der Sitzung des polnischen Sejms zur Situation in Belarus teil.
23.03.2017	Die Kommission für internationale Angelegenheiten im polnischen Sejm ruft die belarussischen Behörden zur Beendigung der Repressionen gegen Aktivisten, Oppositionellen, Menschenrechtlern und Journalisten in Belarus und zur Aufnahme eines Dialogs mit der Zivilgesellschaft auf.
23.03.2017	48 Menschenrechtsorganisationen aus 24 Ländern – darunter Crude Accountability (USA), Internationale Föderation für Menschenrechte, Freedom Files (Russland/Polen), Libereco (Schweiz/Deutschland), Menschenrechte in Belarus e.V. (Deutschland), Ostgruppen (Schweden) und andere – unterzeichnen einen offenen Brief an Aliaksandr Lukaschenka mit einem Appell, alle, die für ihre Teilnahme an friedlichen Protesten in Belarus festgenommen wurden, freizulassen.
23.–25.03.2017	Der Berichterstatter des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Demokratie der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE), Andrea Rigoni, besucht Belarus und trifft sich u. a. mit Präsident Aliaksandr Lukaschenka und mit dem Vorsitzenden der Repräsentantenkammer der Nationalversammlung von Belarus, Uladsimir Andrreitschanka. Belarus sei ein junger Staat, daher gäbe es noch Probleme mit Demokratie und Menschenrechten im Land, so Andrreitschanka. Rigoni spricht sowohl über die Fortschritte in Belarus, wie z. B. die Schaffung einer parlamentarischen Arbeitsgruppe zur Frage der Todesstrafe, als auch über die Probleme.
24.03.2017	Das Forum der Zivilgesellschaft der Östlichen Partnerschaft ruft die Behörden in Belarus zur unverzüglichen Beendigung der Repressionen gegen Aktivisten, Menschenrechtler und Journalisten in Belarus im Vorfeld der für den 25. März landesweit geplanten Massenkundgebungen, auf.
24.03.2017	Der Außenminister von Norwegen, Børge Brende, äußert seine Sorgen bezüglich der Massenfestnahmen in Belarus.
24.03.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka verkündet die offizielle Entscheidung, in näherer Zukunft eine Gedenkstätte in Kurapaty zu errichten.
24.03.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka bezeichnet im Vorfeld der Massenkundgebungen am 25. März ein »ukrainisches Szenario« als für Belarus nicht »zulässig«.
24.03.2017	Der Leiter der Arbeitsgruppe zu Belarus der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Kent Harsted, äußert sich besorgt über die präventiven Festnahmen und Einschüchterungen in Belarus.
24.03.2017	Das Außenministerium von Frankreich äußert sich besorgt über die Repressionen in Belarus.
25.03.2017	Landesweit finden Kundgebungen zum »Freiheitstag« (Dzen Woli) anlässlich des 99. Jahrestags der Ausrufung der Belarussischen Volksrepublik im März 1918 statt. In den belarussischen Regionen nehmen insgesamt ca. 1.000 Menschen an den Aktionen teil. In den Städten Brest, Hrodna und Homel wurden die Kundgebungen offiziell genehmigt. In Minsk wird die Kundgebung auf der angemeldeten Route nicht erlaubt. Trotz mehrerer präventiver Festnahmen von Aktivisten und Oppositionsleiter sowie Einschüchterungen im Vorfeld der Kundgebung nehmen in Minsk ca. 1.000 Menschen teil. Es kommt zu einer gewaltsamen Auflösung der Proteste: Nach Angaben der Menschenrechtler werden mind. 700 Menschen festgenommen, darunter Journalisten, Menschenrechtler sowie zufällige Passanten. Die meisten Festgenommenen werden am gleichen Tag freigelassen.
25.03.2017	Ein staatlicher Fernsehsender (»STW«) bringt eine Reportage über einen festgenommenen »Provokateur«, der im Auto, das angeblich dem Oppositionspolitiker Mikalaj Statkewitsch gehöre, mehrere Flaschen mit »Molotowcocktails« zur Kundgebung in Minsk transportiert habe.
25.03.2017	Die EU ruft die Behörden in Belarus in einer Erklärung zur Achtung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie der allgemeinen Menschenrechte in Belarus und zur unverzüglichen Freilassung aller festgenommenen Demonstranten und Journalisten auf. Eine ähnliche Erklärung wird von der Botschaft der USA in Minsk verbreitet.
26.03.2017	In Minsk sowie in Regionen landesweit (Hrodna, Babruisk, Pinsk, Brest, Witebsk, Orscha, Mahileu, Homel) finden spontane Proteste gegen die Festnahmen am 25. März statt. Insgesamt nehmen daran ca. 400 Menschen teil, es kommt zu insgesamt über 60 weiteren Festnahmen.
26.03.2017	Das belarussische Außenministerium bezeichnet das Handeln der Ordnungskräfte in Minsk am 25. März als »absolut adäquat«, da die Kundgebung von der Stadtregierung nicht erlaubt und nicht friedlich gewesen sei.

26.03.2017	Der Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), Michael Georg Link, verurteilt die »unnötige Gewalt« während der friedlichen Proteste in Minsk am 25. März.
26.03.2017	Das polnische Außenministerium ruft die Verantwortlichen in Belarus zur Beendigung der Repressionen gegen friedliche Demonstranten sowie zur Freilassung aller Festgenommenen auf. Am drauf folgenden Tag erklärt der Außenminister von Polen, Witold Waszczykowski, die EU werde ihre Belarus-Politik revidieren, sollten die Repressionen in Belarus weiter eskalieren.
27.03.2017	Der Berichterstatter des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Demokratie der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE), Andrea Rigoni, ruft die belarussischen Behörden zur Freilassung aller am 25. und 26. März in Belarus Festgenommenen auf.
27.03.2017	Der Oppositionspolitiker Mikalaj Statkewitsch erklärt, dass die im Fernsehen verbreitete Information über »Molotowcocktails« in seinem Auto nicht der Wahrheit entspreche.
27.03.2017	Der Außenminister von Litauen, Linas Linkevičius, schliesst die Möglichkeit der Einführung neuer EU-Sanktionen gegen Belarus nicht aus, sollte es im Land erneut politische Gefangene geben.
27.03.2017	Mehrere bei den Protesten am 25. und 26. März Inhaftierte (nach Angaben des Menschenrechtszentrum »Viasna« 145 in Minsk und 33 in Regionen) werden zivilrechtlich verurteilt (Geldstrafe oder Haftstrafe).
27.03.2017	In einer gemeinsamen Erklärung berichten der Leiter des Menschenrechtsausschusses der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Ignacio Sanchez Amor, und der Leiter der Arbeitsgruppe zu Belarus der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Kent Harsted, dass die Massenverhaftungen in Belarus ohne Beweisaufnahme erfolgt seien und die gewaltsame Auflösung der Proteste am 25. März nicht internationalen Standards entspreche. Die belarussischen Behörden werden zur Freilassung aller Festgenommenen aufgerufen.
27.03.2017	Die Internationale Föderation für Menschenrechte und die Weltorganisation gegen Folter verurteilen in einer gemeinsamen Erklärung die Inhaftierung von Menschenrechtsaktivisten, Journalisten und Beobachter am 25. März in Belarus.
28.03.2017	Die EU verurteilt das erste in Belarus im laufenden Jahr verhängte Todesurteil und ruft Belarus erneut zur Einführung eines Moratoriums für die Todesstrafe auf.
29.03.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka trifft sich mit dem Vizepräsidenten der Weltbank für Geschäftspolitik, Kyle Peters, und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit. Im Rahmen einer Partnerschaftsstrategie der Weltbank-Gruppe für 2014–2017 werden in Belarus sieben Projekte mit einer Gesamtsumme von rund 650 Mio. US-Dollar realisiert.
29.–31.03.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka hält sich zu einem offiziellen Besuch in Turkmenistan auf und führt Gespräche u. a. mit seinem Amtskollegen Gurbanguly Berdymuchamedow durch. Im Anschluss an die Verhandlungen werden 11 bilaterale Dokumente über die Zusammenarbeit in mehreren Bereichen unterzeichnet. Die Staatschefs nehmen an der Eröffnungszeremonie des Gebäudekomplexes der Botschaft von Belarus in Turkmenistan teil und besuchen das Bergbau- und Aufbereitungskombinat Garlyk, dessen Bau durch die belarussische Seite vor kurzem abgeschlossen wurde.
27.03.2017	Miklós Haraszi, der UNO-Sonderberichterstatter für Menschenrechte in Belarus, äußert sich besorgt über die Massenrepressionen gegen friedliche Demonstranten, Nichtregierungsorganisationen, Journalisten und Opposition in Belarus.
29.03.2017	Die Kontaktgruppe zur Krise in der Ukraine tagt in Minsk.
30.03.2017	Der Botschafter der Russischen Föderation in Belarus, Alexandr Surikov, nennt den Unionsstaat zwischen Belarus und Russland »das am weitesten fortgeschrittene Integrationsprojekt im postsowjetischen Raum«.
31.03.2017	Das Büro des in Polen registrierten und von Polen finanzierten belarussischsprachigen TV-Senders »Belsat« wird durchgesucht, die Technik wird konfisziert.
03.04.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka befindet sich zu einem offiziellen Besuch in Russland und trifft sich mit seinem Amtskollegen Wladimir Putin. Alle Fragen im Erdöl- und Gasbereich sollen in den kommenden 10 Tagen geregelt werden, berichtet Putin über das Ergebnis des bilateralen Gesprächs zwischen den beiden Präsidenten. Laut Lukaschenka habe Russland die Entscheidung getroffen, die Schulden von Belarus in Höhe von 750–800 Mio. US-Dollar im laufenden Jahr zu refinanzieren.

03.–05.04.2017	Eine EU-Delegation unter Leitung des Exekutivdirektors für Europa und Zentralasien im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), Thomas Mayr-Harting, hält sich in Belarus auf. Es werden Treffen mit Oppositionspolitikern sowie mit Außenminister Uladsimir Makej und der Leitung der Verwaltung des belarussischen Präsidenten durchgeführt. Im Außenministerium tagt die Koordinationsgruppe Belarus-EU – zur Teilnahme werden u. a. Vertreter der Zivilgesellschaft in Belarus eingeladen. Gesprächsthemen sind u. a. die Beziehungen zwischen Belarus und der EU, das Zusammenwirken im Bereich der Mobilität, die Kooperation im Rahmen der Technischen Hilfe und die Situation rund um die Menschenrechte.
05.04.2017	Laut dem Jahresbericht der Organisation »Freedom House«, hat sich die Situation der Menschenrechten in Belarus im Jahr 2016 etwas verbessert – allerdings gilt das Land immer noch als »nicht frei«.
06.04.2017	In einer vom EU-Parlament verabschiedeten Resolution zu Belarus werden die gewaltsame Auflösung von friedlichen Protesten in Belarus sowie die Verhaftung von Teilnehmenden verurteilt; die belarussischen Behörden werden u. a. zur Freilassung aller Festgenommenen, zur Achtung der Rechte und Freiheiten der Bürger sowie zur Aufnahme eines Dialogs mit der Zivilgesellschaft aufgerufen.
06.04.2017	Der stellvertretende Verteidigungsminister der Ukraine, Iwan Rusnak, äußert seine Sorgen über die für September 2017 geplanten gemeinsamen Militärübungen von Russland und Belarus »Sapad-2017« (auf Deutsch »Westen-2017«).
06.04.2017	In Minsk werden Konsultationen der Berater der Staatschefs der Normandie-Gruppe (Russland, Ukraine, Deutschland, Frankreich) durchgeführt.
09.04.2017	In Babruisk findet eine offiziell genehmigte Kundgebung für Rechte und Freiheiten der Bürger statt. Daran beteiligen sich ca. 50 Menschen. Lokale Behörden treffen sich mit den Protestierenden und beantworten ihre Fragen vor allem bezüglich der Arbeitssituation in der Region.
09.04.2017	Der Premierminister von Belarus Uladsimir Semaschka informiert in einem Interview mit dem belarussischen TV-Sender »ONT« über die beschlossene Vereinbarung mit Russland, neue Kredite in Höhe von ca. 1 Mrd. US-Dollar über den Eurasischen Fonds für Stabilisierung und Entwicklung an Belarus zu vergeben.
11.–13.04.2017	Eine Parlamentsdelegation aus Polen unter Leitung des Co-Vorsitzenden der polnisch-belarussischen Parlamentsgruppe, Adam Andruszkiewicz, besucht Belarus. Es werden u. a. Treffen mit dem Vizesprecher der Repräsentantenkammer des belarussischen Parlaments, Baliaslau Pirschtuk, dem Vorsitzenden der Ständigen Kommission für Menschenrechte, nationale Beziehungen und Massenmedien im Parlament, Andrei Naumowitsch, mit Mitgliedern des Verbands der polnischen Unternehmen in Belarus sowie mit Vertretern der belarussischen Opposition durchgeführt.
12.04.2017	Im staatlichen TV-Sender »Belarus-1« wird eine Reportage über »Extremisten« in Belarus gezeigt, die eine gewaltsame Provokation bzw. einen Terroranschlag am 25. März (Dzen Woli) in Minsk geplant hätten. Die Leitung hätte der Oppositionspolitiker Mikalaj Statkewitsch übernommen und die Kämpfer seien u. a. in Polen trainiert worden. Der stellvertretende Vorsitzende der polnisch-belarussischen Parlamentariergruppe im polnischen Sejm, Arkadiusz Mularczyk, nennt die Information über die Trainingslager in Polen, »eine politische Fantasterei«.
12.04.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka unterzeichnet den Zollkodex der Eurasischen Wirtschaftsunion. Die Staatschefs von Russland, Armenien, Kasachstan und Kirgisistan hatten den Kodex bereits am 26. Dezember 2016 unterzeichnet. Der Kodex soll am 1. Juli 2017 in Kraft treten.
12.04.2017	Der Außenminister von Belarus Uladsimir Makej nimmt am Außenministertreffen der Visegrád-Gruppe (Ungarn, Polen, Slowakei, Tschechien) und der Östlichen Partnerschaft (ÖP) in Warschau teil. Hauptthema des Treffens ist die Zusammenarbeit der Staaten der Visegrád-Gruppe und der Östlichen Partnerschaft im Vorfeld des ÖP-Gipfeltreffens. Makej führt u. a. ein Gespräch mit dem EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, Johannes Hahn, zu den Beziehungen zwischen der EU und Belarus und zur Menschenrechtslage und Demokratie im Land.
12.04.2017	In Minsk findet eine weitere Tagung der trilateralen Kontaktgruppe zur Beilegung der Ukraine-Krise statt.
13.04.2017	Die Regierung Russlands genehmigt ein Dokumentenpaket zu Öl- und Gaslieferungen nach Belarus. Laut den Vereinbarungen nimmt Russland die Öllieferungen im Volumen von 24 Mio. t pro Jahr spätestens am 13. April wieder auf. Darüber hinaus refinanziert Russland die Schulden von Belarus in Höhe von 750–800 Mio. US-Dollar. Der Importpreis für Gas wird ebenso geregelt.
13.–14.04.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka nimmt in Kirgisistan an der Sitzung des Obersten Eurasischen Wirtschaftsrats teil. Im Anschluss an das Treffen werden 11 Dokumente unterzeichnet – damit werden u. a. die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik der beteiligten Staaten für 2017–2018 festgelegt.

20.04.2017	Das Parlament Litauens genehmigt den Gesetzentwurf über das Verbot des Atomenergieimportes aus nicht sicheren ausländischen AKWs. Darunter fällt laut Litauen auch das sich im Bau befindliche belarussische AKW.
21.04.2017	Präsident Aliaksandr Likaschenka wendet sich mit der Jahresbotschaft an das belarussische Volk und die Nationalversammlung. Er betont u. a. Folgendes: Eine nationale Konsolidierung sei entscheidend für die Zukunft und Unabhängigkeit von Belarus – dabei sei auch eine moderne Armee von großer Bedeutung; Belarus sei an einer Zusammenarbeit mit der EU und den USA in Fragen der Stabilisierung der Sicherheitssituation in Europa interessiert; darüber hinaus seien Europa und die USA für Belarus ein »Schlüssel« für Investitionen und neue Märkte; inländische »oppositionelle« und ausländische Medien sollen für eine »unglaubliche« Berichterstattung über politische Ereignisse in Belarus (gemeint sind die jüngsten Massenproteste) die Verantwortung tragen, denn sie würden der belarussischen nationalen Sicherheit schaden.

Zusammengestellt auf der Grundlage der Meldungen der Nachrichten-Agentur BelaPAN und der Homepage naviny.by.

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Heiko Pleines (verantwortlich), Olga Dryndova

Satz: Matthias Neumann

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 2192-1350 © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>
Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.
Erscheinungsweise: viermal jährlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>